

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Nr. 44.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Zummer 423.

Düsseldorf, 4. November 1911.

Redakteur: A. Heutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Allen, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Telegr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

13. Jahrg.

Der Verband ruft, Kolleginnen und Kollegen! Die Agitation soll wieder beginnen. Wer sich zurückzieht, handelt pflichtvergessen. Alle an die Arbeit!

Mehr Leben!

Die Zähne aufeinander, weit die Augen,
Willst du das Ungeheuer „Leben“ binden.
Es gilt! Nimm Waffen, die zum Kampfe taugen;
Ein schlaffes Volk, das gleich sich gibt den Winden.
Doran denn! Bade dich in scharfer Lauge,
Und heiße, muß es sein, an harten Rinden.
Geduld! Am Ende wirst du Honig saugen
Und wohnen unter selbstgepflanzten Linden.

Deitler von Liliencron (+ 1909).

Winke für die Jugend- und Arbeiterinnenagitation.

Die Herbst- und Winteragitation ist eingeleitet. Den Ortsgruppenvorständen sind eine ganze Reihe von Anregungen gegeben worden, deren Befolgung dem Verbandsbestimmten neuen Zuwachs bringen wird. Besonders Gewicht ist auf eine systematische Jugend- und Arbeiterinnenagitation zu legen. Es wird darum zweckmäßig sein, einige Winke zu geben, wie diese erfolgreich gestaltet und durchgeführt werden kann.

Die Jugendagitation erfolgt am besten in Verbindung mit den konfessionellen Jugendvereinen.

Die Vorstände tun also gut, wenn sie unverzüglich mit den leitenden Persönlichkeiten derselben in Verbindung treten. In den meisten Fällen werden diese wohl zur Mitwirkung bereit sein. Die nächste Aufgabe wäre, festzustellen, wieviele Textilarbeiter dem betreffenden Jugendverein überhaupt angehören und wieviele hiervon Mitglieder unseres Verbandes sind. Umgekehrt müssen wir selbstverständlich auch bereit sein, den konfessionellen Jugendvereinen die Adressen unserer jugendlichen Mitglieder, soweit diese der in Betracht kommenden Konfession angehören, zu überlassen. Zur wirksamen Einleitung der Agitation empfiehlt sich dann die

Veranstaltung eines Elternabends,

mit einem dem Zweck entsprechenden Thema. Diese Veranstaltung kann benutzt werden, um in geschickter Weise bei den Eltern für die beiderseitigen Organisationen zu agitieren. Eventuell kann diesem Elternabend noch eine spezielle Versammlung für die jugendlichen Mitglieder beider Organisationsrichtungen folgen, in der ein geeigneter Redner in einfacher, leichtfaßlicher Form die Bedeutung der konfessionellen Jugendvereine und der christlichen Gewerkschaften hervorhebt. Zweckmäßig wird es weiter sein, sowohl am Elternabend wie auch in der Jugendversammlung das mittlerweile im Verlage des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften erschienene Jugendflugblatt zur Verteilung zu bringen.

Den beiden Versammlungen, die in kurzen Zwischenräumen stattzufinden hätten, müßte dann naturgemäß eine

intensive Hausagitation

folgen, bei der das erwähnte Flugblatt wiederum gute Dienste leisten wird. In dieser sollten sich vor allem jugendliche Kollegen, die sowohl unserer Verbände, als auch einem konfessionellen Jugend-

verein angehören, rege beteiligen, das wird die Agitation zugkräftiger und erfolgreicher gestalten. Die Ortsgruppenvorstände haben darum jetzt schon ihr Augenmerk auf die Gewinnung solcher jugendlichen Kräfte zu richten, um diese für die Hausagitation einzuarbeiten.

Bei der Gelegenheit möchten wir auch auf die

Jugendausschüsse

hinweisen, die mancherorts bereits von den Jugendvereinen ins Leben gerufen wurden. Dieselben bezwecken, die breitere Öffentlichkeit für die Jugendpflege zu interessieren, für die Jugendvereine Mitarbeiter zu gewinnen und ein gemeinsames Hand-in-Handarbeiten mit den Arbeitervereinen und den christlichen Gewerkschaften zu ermöglichen. Unser Streben muß nun dahin gehen, dort, wo solche Ausschüsse bereits bestehen, auch für die christlichen Gewerkschaften eine Vertretung zu erlangen. In erster Linie haben sich die Gewerkschaftskartelle um eine solche zu bemühen, und nur dort, wo ein Kartell nicht besteht, ist dies Sache unserer Ortsgruppen. Mit der Vertretung sind indes nur durchaus bewährte, erfahrene Gewerkschaftler, die das nötige Ansehen genießen, die örtlichen Verhältnisse genau kennen und richtig und vernünftig vorzugehen verstehen, zu betrauen. Auf diese Weise können wir nicht nur positiv an der Förderung der konfessionellen Jugendvereine mitwirken, wir gewinnen auch einen größeren Einfluß auf die Vereine selbst zugunsten unserer Bewegung und erleichtern damit die Durchführung gemeinsamer Agitationsaktionen, wie wir sie oben geschildert haben.

Nun noch ein Wort über die Durchführung der Jugendagitation an solchen Orten,

wo Jugendvereine nicht bestehen

oder diese ihre Unterstützung verlagen. Hier muß eben danach gestrebt werden, durch unsere Mitglieder, vor allem auch mit Hilfe unserer Fabrikvertrauenspersonen, das nötige Adressenmaterial zusammenzubekommen. In kleineren Orten ist dies ja leicht, in größeren allerdings schwieriger. Indes, wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Im übrigen sind die oben angeführten Vorschläge auch hier anwendbar, nur daß die erwähnten Veranstaltungen von der Gewerkschaft allein durchgeführt werden müssen.

Vielleicht empfiehlt es sich auch an manchen Orten, die Jugendagitation betriebsweise vorzunehmen und zwar so, daß die Adressen der in den einzelnen Betrieben beschäftigten jugendlichen Arbeiter festgestellt und diese dann, wenn möglich, von jüngeren, organisierten Kollegen aus demselben Betrieb aufgesucht und bearbeitet werden.

Man vergesse auf keinen Fall, gleichviel ob die Agitation mit den konfessionellen Jugendvereinen oder ohne sie betrieben wird, die jugendlichen Familienangehörigen der eigenen Verbandsmitglieder speziell zu berücksichtigen. Trotz der auf der Aachener Generalversammlung gewährten zeitweisen Vergünstigungen gibt es zweifellos noch viele Mitglieder, die ihre jugendlichen Angehörigen dem Verbandsverbande noch nicht zugeführt haben. Diese gilt es bei der Gelegenheit erneut an ihre gewerkschaftlichen Pflichten zu erinnern.

Bezüglich der

Agitation unter den Arbeiterinnen

möchten wir zunächst einen Vorschlag besprechen, der kürzlich dem Zentralvorstand unterbreitet und von diesem lebhaft befürwortet wurde. Der Vorschlag geht dahin, nach den Reichstagswahlen gemeinsam mit den an der Organisierung von Arbeiterinnen interessierten christlichen Berufsorganisationen und

den konfessionellen Arbeiterinnenvereinen für Westdeutschland einen großen Arbeiterinnentag zu veranstalten, den eine systematisch vorbereitete gründliche Hausagitation folgen würde. Um diese letztere möglichst großzügig und erfolgreich zu gestalten, würden wir eine spezielle Arbeiterinnenagitationsnummer unseres Verbandsorgans herausgeben. Ähnlich könnten auch die konfessionellen Arbeiterinnenvereinsorganisationen verfahren.

Soweit der Vorschlag auf Einzelheiten einzugehen, hat vorerst noch keinen Zweck. Zunächst gilt, die Zustimmung der in Betracht kommenden Verbandsleitungen einzuholen. Das soll möglichst bald geschehen. Deren Aufgabe würde es dann sein, ein detailliertes Programm auszuarbeiten. Wir unsererseits sind überzeugt davon, bei gründlicher Vorbereitung würde eine solche Aktion sowohl den christlichen Gewerkschaften als auch den konfessionellen Arbeiterinnenvereinen Tausende neuer Mitglieder zuführen. Eventuell könnten ähnliche Veranstaltungen später auch in anderen Landesteilen vorgenommen werden.

Mit Rücksicht auf diesen Plan wird es zweckmäßig sein,

zunächst die Jugendagitation

vorzunehmen und die Arbeiterinnenagitation bis nach den Wahlen zu verschieben. Und zwar nicht nur in Westdeutschland, sondern auf der ganzen Linie. Auf diese Weise könnte dann die oben bedingterweise angekündigte Arbeiterinnenagitationsnummer unseres Organs im ganzen Verbandsgebiet vorzügliche Dienste leisten.

Die Arbeiterinnenagitation soll übrigens auch in den anderen Gebieten, dort wo konfessionelle Arbeiterinnenvereine bestehen, möglichst in Verbindung mit diesen betrieben werden. Hierbei ist ähnlich zu verfahren, wie wir dies bezüglich der Jugendagitation dargelegt haben: Listenaustausch mit nachfolgender gemeinsamer Versammlung und daran anschließend Hausagitation. Die letztere soll ebenfalls möglichst von den Arbeiterinnen selbst vorgenommen werden. Diese müssen frühzeitig für diese Arbeit gewonnen und instruiert werden. Bei der Agitation unter den Arbeiterinnen sind erfahrungsgemäß neben den materiellen vor allem auch die ideellen Bestrebungen unserer Organisation in den Vordergrund zu stellen.

Neben dieser vorübergehenden Inanspruchnahme der konfessionellen Arbeiterinnenvereine müssen wir aber auch bestrebt sein, diese dauernd für unsere Bestrebungen zu interessieren. Wir müssen erreichen, daß in denselben die Mitglieder systematisch über die Notwendigkeit und Bedeutung der christlichen Berufsorganisationen aufgeklärt werden. Wollen wir dies, dann ist es nötig, daß auch wir unsererseits die konfessionellen Arbeiterinnenvereine um ihrer selbst willen fördern und unsere Kolleginnen veranlassen, denselben beizutreten und daß wir dort, wo Arbeiterinnenvereine noch nicht bestehen, die Gründung von solchen anregen und unterstützen.

Wo Arbeiterinnenvereine nicht existieren,

wird es sich auch bezüglich der Arbeiterinnenagitation empfehlen, dieselbe betriebs- oder branchenweise zu betreiben. Auf die Weise ist es wohl am ehesten möglich an die Arbeiterinnen heranzukommen. Von großer Bedeutung ist hier, daß man gerade die einflussreichsten Arbeiterinnen der einzelnen Betriebsabteilungen, sofern sie Verbandsmitglieder sind, bewegen kann, sich an der Hausagitation zu beteiligen.

Mögen nun die Kollegen und Kolleginnen allerwärts die vorstehend und speziell auch die in dem

den Vorständen zugesandten Flugblatt gegebenen Anregungen befolgen und in die Tat umsetzen. Möge, wie im vorigen Winter, auch jetzt wieder eine freudige Begeisterung und Lebensfrische der Arbeitseifer durch unsere Reihen gehen, damit wir auch in dieser Agitationsperiode allen Schwierigkeiten zum Trotz ein gut Stück vorwärts kommen. Streben wir alle mit vereinter Kraft dem uns gestellten Ziele zu

den 50 000 entgegen.

Lebensschicksale der modernen Fabrikarbeiter.

Es ist eine begrüßenswerte Tatsache, daß die Wissenschaft die Lebensverhältnisse der Arbeiter immer tiefer, gründlicher und vielseitiger zu erforschen sucht. So hat der „Verein für Sozialpolitik“, eine von namhaften Sozialgelehrten geführte, akademische Publikationsgesellschaft, die durch objektiv wissenschaftliche Untersuchungen Aufklärung in sozialen Dingen schaffen und durch diese Aufklärung auch praktisch auf Politiker, Staatsmänner und öffentliche Meinung im Sinne gemeinnütziger Ideale wirken will“, die „Probleme der Arbeiterpsychologie“ zum Gegenstande einer besonderen wissenschaftlichen Sozialforschung gemacht. Wie sieht es in der äußeren und inneren Lebenswelt des Arbeiters aus? Wie wirkt der moderne Großbetrieb auf seine intellektuellen und psychischen Qualitäten? Wie lebt und strebt und denkt er? Wie gestaltet sich sein Lebensschicksal? Ist der einzelne Arbeiter, der Proletarier, nur ein ganz winzig kleines, nichtsagendes Teilchen einer im wesentlichen einheitlichen Masse, dieses grauen und öden Einerleis, wie es Professor Combar kürzlich noch behauptete? Gibt es da keine Unterschiede, keine Individualitäten, keine im Grunde ganz verschiedene Persönlichkeiten mit verschiedenem Denken, Leben und Streben? Das sind die Fragen, die der Verein zu ergründen sich bemühte. Mit der Arbeit wurden einige Mitglieder des Vereins betraut, die nun das Ergebnis ihrer Untersuchungen schriftlich niedergelegt haben. Die neun Arbeiten sind innerlich wie äußerlich sehr ungleichartig. Die Arbeit von Fräulein Dr. Marie Bernay über die Verhältnisse in der M.-Glabbacher Aktien-Spinnerei und Weberei ist die umfangreichste, sie umfaßt 417 Seiten. Außer dieser Fabrik sind Zweige des Maschinen- und Apparatebaues und des Buchdruckergerwerbes behandelt. Eine größere Schrift behandelte das Lebensschicksal von 270 Münchener Fabrikarbeiterinnen. Diese Schriften bildeten die Grundlage für den größten Teil der Verhandlungen der letzten Generalversammlung des „Vereins für Sozialpolitik“, die vom 8. bis 11. Oktober in Nürnberg stattfand.

Wir haben die Arbeit und die Erhebungsmethode des Fräuleins Dr. Bernay in dieser Zeitung früher schon besprochen und dabei zugleich auf die großen Mängel hingewiesen, die gerade dieser Arbeit, die auf der Generalversammlung durchweg eine besonders günstige Würdigung fand, in vielen Beziehungen anhaften. Professor Hertner versäumte auch nicht, bei der Einleitung der Verhandlungen zu sagen, daß die Beobachtungsbasis, die den abgeschlossenen Erhebungen zugrunde liegt, noch schmal und unsicher sei. Scharf zerlegte aber, um nach einem Berichte in der „Sozialen Praxis“ zu urteilen, Professor von Borkiewicz gerade die Erhebungsmethode, Darstellungen und Schlussfolgerungen der Fräulein Bernay. Mit einer Fülle von Beispielen habe er unheimlich herzigargelegt, wie bei den vorliegenden Erhebungen gegen die Grundforderung statistischer Methodik, gegen das „Gesetz der großen Zahlen“ gesündigt worden sei. Besonderen Eindruck hätte seine Kritik gemacht, die er an der Erforschung der Lebensschicksale der Fabrikarbeiter durch Marie Bernay geübt habe. Ihre Arbeit nannte er „methodologisch verunglückt“. Damit haben die Aussetzungen, die wir damals in dieser Zeitung gemacht haben, von diesem Rame volle und ganze Zustimmung erhalten. Fräulein Bernay hat übrigens ihre Studien fortgesetzt und auch in einer Pfälzer Spinnerei das Leben und die Arbeit der Arbeiter wochenlang intensiv beobachtet. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen sind noch nicht im Druck erschienen, Bernay trug sie auf der Generalversammlung mündlich vor.

Professor Hertner hatte auf der Generalversammlung das grundlegende Referat zu diesem Verhandlungsstoff. Wir haben einige Punkte, nach einem Berichte der „Sozialen Praxis“, aus seinem Referate hervorgehoben. Sie wollen aber unter der Einschränkung beachtet werden, daß Hertner selbst die Beobachtungsbasis für die Erhebungen schmal und unsicher nannte und seinen Ausführungen zum Teil nur hypothetischen (Hypothese-Aannahme) Wert beilegte. Ueberraschen bieten viele Dinge ja nur eine wissenschaftliche Bestätigung dessen, was in Arbeiterkreisen längst bekannt und gesagt worden ist.

Das sogenannte Proletariat stellt keineswegs ein graues, ödes Einzelwesen dar, wie Professor Combar erst kürzlich wieder darzutun versuchte. Die Vereinsarbeiten lassen im Gegenteil in jeder Hinsicht eine große Mannigfaltigkeit erkennen in bezug auf Herkunft, Qualität, Quantität und Konstant der Arbeitsleistungen, innere Stellung

gegenüber der Berufsarbeit, Chancen des sozialen Aufstiegs, Weltanschauung und Lebensstil. Selbst das besondere Lokal- und Stammeskolorett weiß sich neben der einheitlichen proletarischen Färbung ganz erfolgreich zu behaupten. Nach den Vereinsarbeiten und den Zahlen der Reichsberufsstatistik zerfällt die moderne Arbeiterschaft in die drei Gruppen der gelernten, ungelerten und angelernten Arbeiter.

Die gelernten Arbeiter, deren Jahreseinkommen zwischen 1500 und 2400 M. liegt, haben meist eine Lehrzeit von drei bis vier Jahren absolviert und sind zu zwei Drittel aus der städtischen Bevölkerung hervorgegangen. Sie haben in der Mehrzahl den Beruf aus Neigung ergriffen und entschließen sich nicht leicht, den Beruf zu wechseln. Um so häufiger ist aber Orts- und Stellenwechsel bei ihnen nachzuweisen. Namentlich nach gelernten Arbeitern der Maschinenindustrie besteht eben infolge der zunehmenden Verwendung der Maschinen in allen Gewerben eine rege Nachfrage. Unter diesen Umständen kann der Orts- und Stellenwechsel in der Tat oft zu einer Verbesserung der Lage führen. Da auch die Werkmeisterposten aus den Kreisen der gelernten Arbeiter besetzt werden, besteht für Leute, die neben beruflichem Können noch eine gewisse theoretische Bildung und Gewandtheit im schriftlichen Verkehr oder besonders geschätzte Charaktereigenschaften besitzen, in der Tat die Möglichkeit, eine Art Karriere zu machen und die Einkommensstufe von etwa 3000 M. zu erreichen.

Gelingt es dem gelernten Arbeiter nicht, selbst aufzusteigen, so sucht er doch mit dem Aufgebot aller Kraft seinen Kindern den Weg zu höheren oder wenigstens höher angesehenen Berufsstellungen zu ebnen, die Söhne z. B. „aufs Bureau“ zu bringen, sie Zeichner und Techniker werden zu lassen. Insofern liegt eine bemerkenswerte Annäherung an kleinbürgerliche Lebensverhältnisse vor. Das 40. Lebensjahr bildet für den gelernten Arbeiter eine Art „Majorsecke“, d. h., ist es ihm bis dahin nicht geglückt Meister, Vorarbeiter, Einrichter oder selbständig zu werden, so geht es infolge der abnehmenden physischen Leistungskraft allmählich bergab in bezug auf Einkommen sowohl wie hinsichtlich der sozialen Stellung.

Wir halten diese Annahme für ja nicht allgemein zu sagen, mit 40 Jahren nehme die Leistungsfähigkeit der Arbeiter schnell ab, trifft nur für spezielle Berufe und Arbeiter zu. Es ist längst nicht in allen Fällen gleich.

Im Gegensatz zu den gelernten Arbeitern gehen die ungelerten / Arbeitskräfte überwiegend aus den untersten Schichten der ländlichen Bevölkerung hervor. Ihre militärische Tauglichkeit ist geringer, ihre Familie und die Sterblichkeit ihrer Kinder ist größer. Frauen und Töchter nehmen häufig an der Fabrikarbeit teil. Das Einkommen pendelt um 1100 bis 1200 M. Die höheren Altersklassen sind relativ stärker mit ungelerten als gelernten Arbeitern besetzt. Die besten Elemente der Ungelernten gehen in die immer wichtiger werdende Gruppe der Angelernten über und können als solche bei tüchtigen Leistungen oder wertvollen Charaktereigenschaften die unteren Einkommensstufen der gelernten Arbeiter erreichen, ja überschreiten. Bei ihnen findet keine mehrjährige Lehrzeit, sondern nur eine mehrmonatige Einübungszeit statt.

Ein wesentlich anderes Bild geben die Arbeiterinnen. Man unterscheidet zwar auch bei ihnen gelernte, angelernte und ungelerte Kräfte, aber die Bezeichnungen haben hier einen anderen Sinn. Die „gelernte“ Arbeiterin entspricht in bezug auf ihre Ausbildung eigentlich nur dem angelernten männlichen Arbeiter. Für Arbeiten, die ein hohes Maß von Geduld verlangen, werden Arbeiterinnen, zumal solche vom Lande, als geeigneter angesehen. Die besseren Stellungen haben in der Regel jüngere Mädchen, die aus Industriearbeiterfamilien stammen, inne; die schwersten, schmutzigsten Arbeiten verbleiben armen älteren Frauen. Obwohl die Arbeiterinnen in den Fabriken kein großes Ansehen genießen, glauben sie doch im Vergleiche zu den Dienstmägden auf einer höheren Stufe zu stehen. Ein tieferes Interesse für die industrielle Berufsarbeit ist selten anzutreffen. Noch immer hoffen die meisten, durch Verheiratung aus der industriellen Erwerbsarbeit überhaupt wieder auszuscheiden.

Die Arbeiter Klein- und mittelstädtischer Herkunft erweisen sich am leistungsfähigsten. Die vom Lande stammenden Arbeiter sollen eine besondere Eignung für die groben Arbeiten zeigen; für die Aufgaben, die höhere Intelligenz erfordern, würden die großstädtischen Arbeiter bevorzugt. Das männliche Geschlecht zeigt aus einer Kabelaufzählung bei Berlin größere Konstanz der Leistungen, während die Arbeiterinnen nur mit Hilfe immer wieder erneuter Anläufe zu größeren Leistungen gelangen. Auch der Verlauf der Unfallskurven ist, wie Bientowsky berichtet, für Arbeiter und Arbeiterinnen verschieden. Das Optimum der Leistungen fällt innerhalb des Tages meist in die zweite Hälfte des Vor- und Nachmittags, innerhalb der Woche auf die mittleren Tage, innerhalb des Jahres auf die Wintermonate.

Das außerberufliche Leben, zumal die Verwendung der freien Zeit, läßt teils eine geringere, teils eine größere Verschiedenheit erkennen, als erwartet werden dürfte. Geringer insoweit als die Ar-

beiterschaft sich in der Verwendung der Freizeit ganz ähnlich verhält wie andere Gesellschaftsklassen mit bescheidenen Geldmitteln auch; größer, als innerhalb der Arbeiterklasse von Person zu Person eine starke Differenzierung obwaltet. Hinsichtlich der Sektäre bevorzugt der eine z. B. leichteste Belletristik, der andere ernste populärwissenschaftliche, ein dritter sogar streng wissenschaftliche Literatur eines bestimmten Faches.

Auch fehlt es im sogenannten Proletariate durchaus nicht an Individualitäten. Ländliche und städtische Herkunft, Verwandtschaft, Nachbarschaft, Sprache, Mundart, bestimmte Sitten, Konfession, Gemeindebürgerchaft, Beruf, Werkangehörigkeit, Teilnahme an gewerkschaftlichen, politischen, sportlichen oder geselligen Vereinen, all die Gemeinschaftsbildungen, die so entstehen, üben ihren Einfluss. Es werden deshalb die Klassengegenstände weder einfacher noch stärker.

Die tieferen Einsichten in die Arbeiterpsychik werden zweifelsohne auch der Praxis, der sozialpolitischen Gesetzgebung und Verwaltung, der Fabrikhygiene und dem Fabrikbetriebe, dem Volksbildungswesen usw. zustoßen können, ein besseres Einbernehmen der sozialen Klassen untereinander fördern und dadurch den Idealen dienen, die von jeher den Ruhm und den Stolz des Vereins für Sozialpolitik gebildet haben.

Arbeiter und Handwerk.

Bekanntlich hat der „Zentralausschuß der vereinigten Innungsverbände Deutschlands“ kürzlich einen Aufruf erlassen, in dem die deutschen Handwerker aufgefordert werden, bei den kommenden Reichstagswahlen nur solchen Kandidaten die Stimme zu geben, die sich u. a. erklären

- 1) für Ablehnung der Arbeitskammern,
- 2) für Ablehnung einer reichsgesetzlichen Arbeitslosenversicherung,
- 3) für verstärkten gesetzlichen Schutz der Arbeitswilligen.

Der Zentralausschuß der vereinigten Innungen begibt sich da auf ein Gebiet, das für unsere Handwerker nicht geringe Gefahren bringen kann. Sie ziehen in diesen Punkten mit derselben Großindustrie an einem Strange, über deren Handwerker-ruinierende Konkurrenz sie sonst nicht genug jammern können und wogegen sie oft genug die Hilfe der Gesetzgebung und der — Arbeiterbevölkerung angerufen haben. Das Vorgehen des Zentralausschusses birgt die Gefahr in sich, daß zwischen Handwerker und Arbeiter Beziehungen zerrissen werden, die heute noch, erfreulicherweise nicht zuletzt im Interesse des Handwerkers, bestehen.

In einem Artikel des „Tag“ weist auch Kollege Giesberts den Zentralausschuß auf sein unsoziales und, gelinde gesagt, widerspruchsvolles Verhalten hin. Giesberts zeigt einleitend eine Menge von Handwerkerforderungen, die der Unterstützung durch die Arbeitervertreter im Reichstage gewiß sein könnten. Verschiedene Auffassungen über verschiedene Punkte brauchen nicht zu einem unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Handwerker und Arbeiter zu führen; vollständige Harmonie in den entgegengesetzten Interessen herbeizuführen, sei zwar nicht möglich, was jedoch erreichbar und möglich erscheine, sei billige, gegenseitige Rücksichtnahme, unter Vorrangstellung der großnationalen Gesichtspunkte, die vor allem die christlich-nationale Arbeitererschaft mit dem Handwerk verbinden. Da seien aber einige Programmpunkte des Zentralausschusses geeignet, einen scharfen Gegensatz herauszubilden, die es den christlich-nationalen Arbeitern unmöglich machten, demjenigen Kandidaten ihre Stimme zu geben, der sich verpflichtete, rücksichtslos für die Programmpunkte des Zentralausschusses einzutreten.

Da sei zunächst die Ablehnung der Arbeitskammern.

„Es ist mir nicht recht erklärlich“, sagt Kollege Giesberts „wie man zu dieser Stellungnahme gekommen ist. Das Handwerk selbst hat eine gesetzmäßige Organisation in den Innungen und Handwerkskammern, warum will man dem Arbeiterstande eine ähnliche Organisation verweigern? Die paritätische Arbeitskammer ist den deutschen Arbeitern seinerzeit in den kaiserlichen Februarerklärungen in Aussicht gestellt worden. Für dieses Prinzip haben sich die sämtlichen bürgerlich-nationalen Parteien wiederholt ausgesprochen. Es liegt ein Gesetzentwurf, durch die Kommission fertig beraten, im Reichstage.“

Die einzige Schwierigkeit biete der bekannte Sekretär-Paragraf. Ueber diesen Punkt hätten lange Verhandlungen stattgefunden, in denen sich die Handwerker auf die Seite der Arbeiter stellten. „In einer Aussprache von Mitgliedern der Arbeitskammerkommission und dem Vorstände des deutschen Innungsausschusses, unter dem Voritze des Landtagsabgeordneten Kahardt, wurde vollständige Einmütigkeit in dieser Frage erzielt. Die Handwerker erklärten, daß es auch in ihrem eigenen Interesse gelegen sei, wenn mit dem Ehrenamt des Vertreters in der Arbeitskammer solche Handwerker betraut werden könnten, die entweder freigestellt sind für die Organisation oder nicht mehr praktisch im Berufe tätig sind (z. B. ihr Geschäft bereits an ihren Sohn übertragen haben). Um so auffälliger ist jetzt die Stellungnahme des Zentralausschusses, der einfach jede Form einer Arbeitskammer verwirft und von den Kandidaten sogar verlangt, sich zu verpflichten, gegen ein solches Gesetz zu stimmen.“

Von den Kandidaten wird verlangt: Ablehnung der Arbeitslosenversicherung. Man kann ganz gewiß geteilter Meinung darüber sein, ob das Arbeits-

Vorstandsmitglieder,

habt Ihr die Vorbereitungen für die Agitation schon getroffen? Wenn nicht, dann nehmet sie unverzüglich in Angriff. Ihr seid zu Führern gewählt worden, bewährt Euch als Führer in der Agitationsarbeit.

Isenproblem durch ein Reichsgesetz gelöst werden kann. Ganz zweifellos ist, daß vorläufig viel zu wenig Erzeugung vorliegt, um einen solchen Schritt der Gesetzgebung zumuten zu können. Aber gelöst muß auch das Arbeitslosenproblem einmal werden. Welches Interesse kann eigentlich das Handwerk haben, die Fürsorge für die schuldlos brotlos gewordenen Arbeiter zu hindern? Warum sollen nicht die Gemeinden versuchen, in irgend einer Weise den schweren Folgen der Arbeitslosigkeit durch Einrichtung kommunaler Arbeitslosenversicherungen vorzubeugen, wie dies verschiedene Städte in Deutschland mit Erfolg tun? Bis jetzt ist von den genannten Gemeinden den Arbeitgebern nicht zugunsten worden, Beiträge zu leisten, vielmehr leisten die Beiträge ausschließlich die Arbeiter selbst, und die Städte geben einen Zuschuß. Diese hartherzige Stellungnahme den Arbeitslosen gegenüber ist außerordentlich bedauerlich und in keiner Weise geeignet, dem Handwerk die Sympathien in den christlich-nationalen Arbeiterkreisen zu erhalten, die es unzweifelhaft hat.

Endlich wird von den Kandidaten verlangt: Eintreten für den Schutz der Arbeitswilligen. „Schutz der Arbeitswilligen“ ist ein begrabener Begriff. Die Gesetzgebung schützt heute schon die Arbeitswilligen nach unserer Auffassung in ausreichender Weise. Man sehe sich nur die ganz horrenden Strafen an, die oft wegen ganz geringfügiger Vergehen gegen die Streikenden, welche Arbeitswillige belästigt haben, verhängt werden. Unter Schutz der Arbeitswilligen begreift heute die deutsche Arbeiterschaft, ohne Ausnahme der Richtung, Ausnahmegeetze gegen die Gewerkschaften, Beschränkung des Koalitionsrechts. Hier liegt der allergefährlichste Punkt in den Forderungen des Innungsausschusses, und es ist nicht ersichtlich, welchen Unluf gerade das Handwerk haben kann, solche Forderungen aufzustellen.

Mit der Aufstellung dieser letzten Forderungen hat der deutsche Innungsausschuß sich in einen scharfen Gegensatz begeben zur gesamten christlich-nationalen Arbeiterbewegung, die auf ihren verschiedenen Kongressen insbesondere die Errichtung von Arbeitskammern und die Sicherung des Koalitionsrechts verlangt hat, also das Gegenteil von dem, was der deutsche Innungsausschuß den Reichstagskandidaten proponiert. Damit ist ein Konfliktpunkt gegeben, der für die nächsten Reichstagswahlen für die Wahl bürgerlicher Kandidaten verhängnisvoll werden muß. Es kann als vollständig ausgeschlossen gelten, daß Kandidaten, welche sich auf die oben genannten drei Forderungen festgelegt haben, irgendetwas eine Unterstützung seitens der christlich-nationalen Arbeiterschaft erhalten können. Es wäre deshalb dringend wünschenswert, daß der deutsche Innungsausschuß in nochmalige Beratung treten würde zwecks einer Abänderung seines Programms. Er hat dazu um so mehr Veranlassung, als die Wahl von Handwerkervertretern in den Reichs- und Landtag doch durchweg nur gehen kann mit Unterstützung der national gesinnten Arbeiter. Macht man diesen das Eintreten für Handwerkerkandidaturen durch solche Forderungen unmöglich, dann liegt nicht die Schuld auf unserer Seite, sondern auf Seiten derjenigen, die solche Forderungen aufgestellt haben, denen nicht bloß kein national denkender Arbeiter zustimmen kann, sondern überhaupt niemand, der den Fortschritt unserer sozialen Gesetzgebung im Interesse der Gerechtigkeit und des Ausgleichs der Gegensätze wünscht.

Bis Anfang August dieses Jahres waren die Ausfichten für den Ertrag der landwirtschaftlichen Produkte trotz der schon fast drei Monate anhaltenden Dürre noch sehr gute. In der zweiten Augustwoche fing die Börse an unruhig zu werden. Die Werte für die verschiedensten Produkte: Zucker, Weizen, Roggen und Hülsenfrüchte, schnellten von Tag zu Tag höher. Die Spekulation der Börsenmänner stürzte sich mit Gewalt auf diese für die Lebensstellung der breiten Masse notwendigen Waren. Die Zeitungen brachten Berichte über die bevorstehende Teuerung, und die Konsumenten stürzten zu den Verkaufsstellen des Kleinhandels, um sich soweit wie möglich den Winterbedarf in diesen Produkten einzudecken, weil man glaubte, fast vor einer kommenden Hungersnot zu stehen. Dazu kamen die Gerüchte des bevorstehenden Krieges wegen der Marokko-Affäre. In weiten Konsumentkreisen wurde der Erzählung Glauben geschenkt, die Militärbehörde kaufe alle Lebensmittel, deren sie habhaft werden könnte, für den kommenden Krieg auf. Diese verschiedenen Ursachen ließen auch selbst die ruhigsten Konsumenten zur Einkaufung von Wintervorräten schreiten. In Zeit von einigen Tagen waren die Vorräte des Detailhandels erschöpft, und die wilde Nachfrage bei den Großhändlern und Börsenmännern begann. In Zeit von wenigen Tagen stiegen Vinsen um 15 bis 20 M., Erbsen um 10 bis 15 M. per 100 Kilo. Trotzdem wir in Deutschland eine in Qualität geradezu glänzende und im Quantum befriedigende Ernte in Roggen und Weizen zu verzeichnen hatten, wurde auch deren Preis um 20 bis 30 M. pro Tonne in die Höhe gerissen. Und wer hat nun diese Millionen Preisaufschläge für jene noch vorhandenen Produkte der Ernte 1910 in die Tasche gesteckt? Etwa der Großagrarier oder der kleine Bauer? Nein, beileibe nicht! Die Vorräte dieser Produkte befanden sich in den Händen der großkapitalistischen Händler und Börsenmänner, die in Zeit von wenigen Wochen Riesengewinne durch ihre Spekulation und Preistreiberereien aus den Taschen des arbeitenden Volkes herausgeholt haben.

Und nun frage ich, wo liegt man diese unabwiesbaren Tatsachen in linksliberalen oder sozialdemokratischen Blättern? Wo wird gegen diese die Gesamtheit des Volkes so schädigenden Preistreiberereien weit über den realen Grund hinaus von dieser Seite Front gemacht und die Urheber verurteilt? Kein sozialdemokratischer Redner, kein linksliberales Blatt verurteilt dieses Gebaren. Aber weshalb nicht, vielleicht deshalb, weil es ihre Anhänger und Freunde sind, die die großkapitalistischen Börsenspekulationen mit den Lebensmitteln des Volkes machen und diese Riesengewinne einheimisen? Hier kann und muß man verlangen, daß Linksliberalismus und Sozialdemokratie, wenn sie nicht den Vorwurf parteipolitischer Ausnutzung der Teuerung auf sich sitzen lassen wollen, einmal auch recht deutlich den Finger in diese bedauerliche Erscheinung der Ausbeutung der Massen durch das Spekulantentum legen.

In welcher ungeheurer Weise der Kaffee durch das spekulative Großkapital dem deutschen Volke verteuert wird, ist bekannt. Die Erhöhung des Kaffeezoll hat nicht in entferntesten in ihren Wirkungen herangereicht an die Preisverteuerung, die uns die brasilianische „Kaffeewalorisation“ gebracht hat. 1906/07 war die Kaffeerte in Brasilien außerordentlich gut geraten. Die Folge war ein rapides Fallen der Kaffeepreise. Der Staat Brasilien suchte daraufhin nach Maßnahmen, um die Existenzfähigkeit der Kaffeepflanzer sicherzustellen. Das Mittel wurde gefunden in einer Vereinigung von Großkapitalisten aller Länder, die nahezu drei Viertel der vorhandenen Kaffeevorräte aufkaufte, vorübergehend vom Markte zurückzog und so eine künstliche Preissteigerung herbeiführte. Diese Vereinigung besteht noch. Als im Jahre 1908 jener Ankauf stattfand, stand der Kaffeepreis in Hamburg ohne Zoll auf 36 bis 37 Pfg. pro Pfund. In der Zwischenzeit war er auf 28 Pfg. heruntergeunken. Heute aber steht er auf 67 bis 68 Pfg. Die Valorisation erhält somit für den Kaffee, den sie mit durchschnittlich 32 bis 33 Pfg. einkauft, heute 72 Pfg., also einen Gewinn von 40 Pfg. pro Pfund. Seit Bestehen hat diese kapitalistische Gesellschaft 300 Millionen Mark aus den Taschen der Konsumenten herausgeholt.

P. Schlat,
Direktor des „Verbandes Westdeutscher Konsumgenossenschaften“ in der „Westdeutschen-Arbeiterzeitung“.

Teuerung und Spekulation.

Die Behauptung, daß die Schutzollpolitik an der Teuerung die Hauptschuld habe, und die Agrarier aus der Not des Volkes Riesengewinne einheimisen, kann man allerorts in Versammlungen hören und immer und immer wieder in sozialdemokratischen und linksliberalen Blättern lesen. Demgegenüber ist mit Recht oft festgestellt worden, daß unsere Schutzollpolitik sich zum Allgemeinwohl des deutschen Volkes bewährt hat, indem wir durch sie eine leistungsfähigere Landwirtschaft erhalten haben, welche jetzt fast in der Lage ist, den Bedarf der deutschen Bevölkerung an landwirtschaftlichen Produkten zu decken. Würde unsere Landwirtschaft heute sich noch in dem Stadium der geringen Leistungsfähigkeit befinden, worin sie sich vor zwei Dezennien befunden hat, so würden ohne Schutzoll bei der jetzigen Teuerung die Preise noch unerschwinglicher für die Masse sein, da dieselbe sich ja auch in den anderen Staaten, ja sogar Freihandelsstaaten, ebenso stark wie bei uns bemerkbar macht.

Näher den einen Punkt dürften nun wohl im allgemeinen die Anschauungen sich decken, daß die Teuerung, wie sie augenblicklich besteht, keine künstliche, sondern eine durch Minderertragnis, oder, was dasselbe bedeutet, durch Erhöhung der Produktionskosten der landwirtschaftlichen Produkte, bedingt ist. Aber doch ist die Frage mit Berechtigung aufzuwerfen, ob nicht doch gewisse Kreise an den augenblicklichen Teuerungsverhältnissen Millionen und aber Millionen Mark verdient haben, verdient haben auf Kosten der Masse der Konsumenten. Und weiter, ob nicht gerade diese Kreise jenen Leuten am nächsten stehen, welche heute mit der Teuerung parteipolitische Geschäfte machen. Um dies festzustellen, wird es notwendig sein, die Entwicklung der Teuerung von Anfang an zu verfolgen.

Arbeiterin und Invalidenversicherung.

Die bedeutendsten Neuerungen der Reichsversicherungsordnung finden wir auf dem Gebiete der Invalidenversicherung, namentlich durch Schaffung ganz neuer Renten; das sind:

- a) Die Kinderzuschussrente;
 - b) die Witwenrente;
 - c) die Waisenrente;
 - d) Witwengeld und Waisenaussteuer.
- Die Kinderzuschussrente ist ein Zuschuß zur Invalidenrente. Der betreffende Paragraph sagt wörtlich: „Hat der Empfänger der Invalidenrente Kinder unter fünfzehn Jahren, so erhöht sich die Invalidenrente für jedes Kind um ein Zehntel, bis zu dem höchstens anderthalbfachen Betrage.“ Nehmen wir nun zum Beispiel an, es erhält ein Invalide jährlich eine Rente von 300 Mark. Wenn dieser Rentenempfänger Kinder hat, so beträgt der

Zuschuß für das einzelne Kind den zehnten Teil seiner Rente oder in diesem Falle 30 M. Sofern es fünf Kinder unter fünfzehn Jahren sind, erhält der Invalide 150 M. als Kinderzuschussrente zu seiner Jahresrente von 300 M., oder in Summa 450 M.

Wo eine Arbeiterfrau die alleinige Ernährerin ihrer Kinder ist, tritt diese Vergünstigung selbstverständlich ebenfalls ein, sobald sie invalide ist. Der Wert dieser Neuerung ist besonders zu schätzen.

Die Witwenrente. Wenn ein Versicherter stirbt, der selbst berechtigt gewesen wäre zum Bezuge der Invalidenrente, so erhält seine hinterlassene Witwe, wenn sie invalide ist, die Witwenrente. Zum Bezuge dieser Rente braucht die Witwe nicht selbst versichert zu sein, auch schließlich nie der Versicherung angehört zu haben; nur die Invaliddität, die Erwerbsunfähigkeit, ist hier ausschlaggebend. Die Witwenrente wird nach einer besonderen Art berechnet.

Wie zum Beispiel die Höhe der Invalidenrente wesentlich davon abhängig ist, wie viele Beiträge und in welcher Höhe diese gezahlt wurden, so ist auch die Witwenrente davon abhängig, welchen Grundbetrag die Invalidenrente des verstorbenen Versicherten erreicht hätte. Von diesem Grundbetrag werden 30% angerechnet zur Witwenrente, dazu gibt dann das Reich einen jährlichen Zuschuß von 60 Mark. Ist z. B. der Grundbetrag der Invalidenrente des verstorbenen Ernährers 60 M. gewesen, so ist der Grundbetrag der Witwenrente bei 30% 18 M.; mit Reichszuschuß beläuft sich also diese Witwenrente auf 68 M. und zwar in der niedrigsten Beitragsklasse. Je höher die geleisteten Beiträge sind, um so höher stellt sich die Berechnung.

Die Waisenrenten. Diese Renten erhalten nach dem Tode des versicherten Vaters oder der ihre Kinder allein ernährenden Ehefrau — die ehelichen Kinder unter fünfzehn Jahren; außerdem nach dem Tode einer Versicherten ihre waisenlosen Kinder unter 15 Jahren. (Sind Doppelwaisen und illegitime Kinder.)

Die Bewährung dieser Waisenrenten stützt sich ebenso wie die Witwenrente immer darauf, daß der oder die Verstorbene der Versicherung gegenüber alle Bedingungen erfüllt hatte. Die Berechnung der Waisenrenten erfolgt ähnlich wie die der Witwenrente; nur werden vom Grundbetrag der maßgebenden Invalidenrente für eine Waise 15% angerechnet und vom Reich 25 M. als Zuschuß gewährt. Nach dem obigen Falle betrüge in der niedrigsten Lohn- oder Beitragsklasse der Grundbetrag für eine Waisenrente 9 M. und mit dem Reichszuschuß 34 M. Sind mehrere Kinder unter 15 Jahren vorhanden, so dürften die Waisenrenten insgesamt die Höhe der Invalidenrente des betreffenden Verstorbenen erreichen. Wenn die Voraussetzungen für Witwen- und Waisenrenten zusammenfallen, so dürfen sie zusammen nicht mehr betragen, als das anderthalbfache der berechneten Invalidenrente. Diese Hinterbliebenenversicherung tritt nun schon mit dem 1. Januar 1912 in Kraft. Die Leistungen belaufen sich dann wie folgt:

Lohnklasse	Witwenrente	Waisenrente für Kinder				
		ein	zwei	drei	vier	fünf
I	68,40	34,20	60,60	87,00	114,00	140,40
II	71,40	36,00	62,40	89,40	115,80	142,80
III	74,40	37,20	64,20	91,20	118,20	145,20
IV	77,40	39,00	66,00	93,00	120,60	147,60
V	80,40	40,20	67,80	95,40	123,00	150,00

Wenn wir nun die Witwenrente und die Waisenrente zusammen nehmen und ausrechnen, wie viel beide Rentenarten zusammen in einem Jahre ausmachen, dann bekommen wir folgende Zahlen:

Lohnklasse	Gesamtjahresbetrag für Witwe und Waisen				
	ein	zwei	drei	vier	fünf
I	102,60	129,00	155,40	182,40	208,80
II	107,40	133,80	160,80	187,20	214,20
III	111,60	138,60	165,60	192,60	219,60
IV	116,40	143,40	170,40	198,00	225,00
V	120,60	148,20	175,80	203,40	230,40

Genießt sind die Renten nicht gleich groß ausgefallen, aber es ist doch immerhin ein annehmbarer Satz, der den Parteien, die von der ganzen sozialen Gesetzgebung nichts wissen wollen, förmlich abgezwungen werden mußte. Unsere Frauen müssen den jetzigen Stand der Hinterbliebenenversicherung als einen Anfang für ein so schwieriges Gesetz auffassen. Auf dem Boden des jetzt Geschaffenen muß weiter gearbeitet und getrebt werden, zur möglichsten vervollständigung des Gesetzes. Daran müssen die Arbeiterinnen unseres Verbandes durch entsprechende Tätigkeit in ihrer und für ihre Organisation mitarbeiten. In einem folgenden Artikel wollen wir über dieses Gesetz noch weitere Aufklärungen bringen. F. H.

Das „Wollen“ ist das Fundament für all dein Tun und Lassen, drum sei das Erste, daß du mußt den rechten Voratz lassen.

Und ist dein „Wollen“ gut bestellt, willst du nur Schönes, Gutes, dann fröhlich an das beschlossene Wort und wirke frohen Mutes.

Aus der Arbeiterbewegung.

Schritt für Schritt! Schritt für Schritt! — das ist das Motto der Gewerkschaft. Heute mehr denn ehemals. Im Anfang der Bewegung, als der Ansturm der organisierten Massen sich erstmals in seiner ganzen Wucht fühlbar machte und — keine Arbeitgeberorganisation ihr entgegentrat, gab's hier und da ein sprunghaftes Aufsteigen. Der Abstand zwischen dem Bestehenden und dem Möglichen war eben zu groß. Inzwischen hat er sich, dank der Gewerkschaftsarbeit, unablässig vermindert. Inzwischen haben aber auch die Arbeitgeber die Festigung der Organisation um sich gebaut und jeder Erfolg ist nur das Ergebnis mühevoller Anstrengung. Sei's nun im Parlamentieren und Verhandeln oder in offenem Kampf.

Seitdem heißt die Lösung Schritt für Schritt! Damit hat die Gewerkschaftsarbeit ein ganz eigenes Gepräge erhalten. Sie ist so Erziehungsinstitution im besten Sinne geworden. Schritt um Schritt vorwärts zu gehen — nicht in siegesfreudigem Lauf —, um jeden Fußbreit zu ringen, ist kein Vergnügen, bietet wenig Anreiz. Es setzt Zielbewußtheit voraus; mehr aber noch Fähigkeit, Konzentration der Willensstärke auf ein bestimmtes erreichbares Ziel, und vor allem Disziplin. Darin liegt der Erziehungswert der Gewerkschaftsarbeit, ihr Wert aber auch für die Volksgesamtheit. Aus unseren Gewerkschaften wächst allmählich ein Geschlecht heraus, auf das das Volk bauen, auf das es seine sichere Hoffnung setzen kann für unsern gemeinsamen Fortschritt. Dies Geschlecht hat ein klares Auge, einen festen Willen; es weiß, was es will, kennt aber auch die Notwendigkeit der unbedingten freiwilligen Unterordnung. Es kommt voran gegen alle Hindernisse.

Ob's nicht zu trocken, krämerhaft, „ledern“, ideallos wird? Im Gegenteil! Für seine Sache kämpft nicht am jeden Fußbreit, nimmt nicht Tag für Tag Opfer auf sich, wer nicht Ideale vor sich sieht. Bewußte Unterordnung, Fähigkeit und Disziplin einer Bewegung und jedes einzelnen ihrer Mitglieder sind der Gradmesser für den Wert ihrer Ideale. Träumen, Ausschlöffer bauen, in den Wolken leben kann jeder. Tag für Tag den Kampf aufnehmen aber nur, wer sich seines Zieles, seiner Ideale durch und durch bewußt ist.

Konferenz der Christlichen Gewerkschaften für das Minden-Ravensberger und Lippeländes. Am Sonntag, den 8. Oktober, fand in Bad Deynhausen eine Konferenz der Vorsitzenden der christlichen Gewerkschaften für das Minden-Ravensbergerland und Lippe statt. Berieten waren aus 16 Zentralverbänden 7340 Mitglieder durch 163 Delegierte. Gewerkschaftssekretär Kollege Oberhoffel-Dielefeld erstattete Bericht über die Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften im Bezirk und des auf einer früheren Konferenz gewählten Ausschusses. Die Bildung des Arbeiterverbandes wurde als eine Hauptaufgabe angesehen. Es sind dazu im letzten Winter zahlreiche Unterrichtsreisen abgehalten worden. Diese haben den Mitgliedern manches Wissen in wirtschaftlichen, sozialen und Verfassungsfragen vermittelt. In 16 Versammlungen ist über die Neugestaltung der Reichsversicherungsordnung geredet worden. Der heutige Stand der Bewegung ist nach harten Kämpfen mit den Gegnern erreicht. Die geführten Lohnbewegungen sind bis auf einen kleinen Bruchteil alle erfolgreich für die Arbeiter beendet. Ferner wurden mehrere Eingaben an die Behörden gemacht. Genannt seien die Eingabe an den Magistrat der Stadt Gütersloh betr. Einführung eines Gewerbegerichts und die Eingabe an den Minister der öffentlichen Arbeiten betr. Beschäftigung der durch die Tabaksteuer arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter.

Ueber die nächsten Aufgaben im Bezirk sprach Gewerkschaftssekretär Zumbrodt-Dannover. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß für Schaffung stabiler Verhältnisse gesorgt werden müsse. In praktischen Ratsschlägen ließ es der Referent nicht fehlen.

Nach einer regen Aussprache erfolgte die Annahme folgender Resolution:

1. „Die starkbesuchte Landeskonferenz der christlichen Gewerkschaften des Minden-Ravensberger und Lippeländes bedauert, daß die Einrichtung von Gewerbegerichten in Nord- und Ostfalen abgelehnt worden ist. Die Landeskonferenz beauftragt den Vorstand des Bezirkskartells, geeignete Schritte zu unternehmen, damit doch für die genannten Kreise endlich Gewerbegerichte errichtet werden.“

2. „Die versammelten Vertrauensleute aller Berufe nehmen mit Bedauern Kenntnis von der durch den westf. Zigarrenfabrikantenverband eingeleiteten Tabakarbeiteraussperrung. Da es sich hier um einen Vorstoß gegen eine der schlecht entlohnten Arbeiterschichten handelt, verspricht die Konferenz eine kraftvolle Unterstützung der Tabakarbeiter in die Wege zu leiten. Die Versammelten versprechen, die noch unorganisierten Tabakarbeiter aufzuklären und sie zum Beitritt zum christlichen Tabakarbeiterverband zu bewegen.“

Das Hauptthema des Tages: „Die christlichen Gewerkschaften in der Volkswirtschaft“, behandelte Herr Lic. Mumm-Berlin. Die mit reichem Beifall aufgenommene Rede zeigte, daß im Minden-Ravensbergerlande volles Verständnis für die hohe Mission der christlichen Gewerkschaftsbewegung vorhanden ist.

Geschimpfe, keine Widerlegung. Der „Textilarbeiter“, das Organ des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes, ist förmlich in Wut geraten über unsern Artikel „Textilindustrie und Textilarbeiterorganisation“ (Nr. 40 dieser Zeitung), worin wir an der Hand von Aussprüchen des „Textilarbeiters“ die Stellung seines Verbandes zur Industrie und zum Unternehmertum im Gegensatz zur Stellung unserer Organisation kurz klarlegten. In einem mehrspaltigen Artikel antwortet er (Nr. 42) mit einem wüsten Geschimpfe in dem ihm üblichen kräsinen Tone.

„Gehunglos streber, Charakterlosigkeit, Schmarozerei, Schmierlappenmanier, Geschwafel, kapitalfreundliche und arbeiterfeindliche Liebedienerei, Verteidiger der Ausbeuterinteressen der Textilindustrie, Verteidigerin des Steuerraubes, ekelhaften Knechtstunnes.“

Mit solchen „Kosenamen“ ist der Artikel nur so gespickt. Ueber diesen Gassenjungen ton wundert sich derjenige gar nicht, der den Verfasser dieser kräsinen Begeisterung kennt.

Wir hatten in dem Artikel in der „Textilarbeiterzeitung“ u. a. auch einen Satz des „Textilarbeiters“ festgenagelt, wonach die Arbeiter bei ihren Aktionen auf die Rentabilität des Unternehmens gar keine Rücksicht zu nehmen hätten. Wir hatten uns eine Aeußerung des „Zentralblatts“ zu eigen gemacht, daß dieser Standpunkt einfach eine anmaßend hohe Borniertheit sei, der Verfasser scheine keine Ahnung davon zu haben, welche Gefahren darin für die Gewerkschaften lägen. Nachträglich scheint ihm das doch gedämmert zu haben, denn er sucht in seinem schmutzigen Geschimpfe dem Satze einen Sinn zu geben, den er gar nicht haben kann. Wüde der „deutsche“ Verband zur Zeit doch mal die Probe aufs Exempel machen und ohne Rücksicht auf die Rentabilität des Unternehmens Kämpfe um Lohnerrhöhung führen. Er könnte dann ja auch dem Drange seiner Mitglieder, die in eine förmliche Steuerungsstau hineingehegt worden sind, entgegenkommen.

Der „Textilarbeiter“ schließt sein wütiges Geschimpfe mit folgendem Satze:

„Die gegenwärtige ungeheure Notlage der Textilarbeiter, die beispiellose Teuerung, die der Arbeiterchaft den Nahrungs-

lummer riesengroß bereitet, alles das verursacht der „christlichen“ Textilarbeiterzeitung keine Sorgen; ihre Spalten öffnet sie, um einige Lanzen zu brechen für die Kapitalistengruppe, die nicht fäet, aber recht reichlich erntet.“

Mährlich, das christliche Sündenregister kann kaum noch bereichert werden; es ist überdell. Wann werden die von den Häuptern der Christlichen geführten Arbeiter sich von diesen abwenden und mit ihnen abrechnen?“

Die Sorge des „Textilarbeiters“ besteht wohl darin, daß die gegenwärtige Teuerung nachlassen und damit ihm ein willkommener Hebstoff abhanden kommen könne. Das wäre wohl schade mit Rücksicht auf die nächste Reichstagswahl. In der Richtung liegt wohl die Sorge des „Textilarbeiters“.

Kann gegen eine Gewerkschaft wegen Bruches des Tarifvertrages auf Schadenersatz geklagt werden? Eine für das gesamte Gewerkschaftsleben bedeutsame Entscheidung war jetzt vom Reichsgericht verlangt.

Vom höchsten Gerichtshofe ist bekanntlich schon wiederholt anerkannt worden, daß der Streik an sich nichts Unerlaubtes ist und deshalb auch nicht zu Schadenersatz verpflichtet kann. Ersatzansprüche könnten höchstens daraus hergeleitet werden, daß ein Streik mit unerlaubten Mitteln durchgeführt worden ist. In dem jetzt zur Beurteilung gestellten Falle war behauptet worden, für die durch einen Streik entstandenen Schadensfolgen habe der hinter den streikenden Arbeitern stehende Arbeiterverband deshalb vertraglich zu haften, weil der von ihm als Organ der Arbeiter geschlossene Tarifvertrag die einzelnen Arbeiterverträge ersetze. Werde nun der Tarifvertrag unter Billigung des Arbeiterverbandes gebrochen, dann entstehe eine vertragliche Haftung des Arbeiterverbandes, zumal derselbe auf Grund der von ihm geübten Disziplin einen entscheidenden Einfluß auf den Ausbruch und die Durchführung eines Streiks auszuüben vermöge. Der Klage lag folgender Sachverhalt zugrunde:

Bei der Klägerin, der Holzfabrik Schütt in N. in Westpreußen, war Anfang 1905 ein Holzarbeiterstreik ausgebrochen, der durch einen Tarifvertrag beendet worden war. Derselbe war von den beteiligten Arbeiterverbänden, dem Hirsch-Dunderschen und dem christlichen Holzarbeiterverbande in Köln, abgeschlossen worden, und sah außer den geforderten Lohnerrhöhungen die Bildung von Arbeiterausschüssen und Regelung der Arbeitszeit vor. Der Tarifvertrag sollte bis 1. Februar 1907 Geltung haben. Doch kurze Zeit schon nach seinem Abschlusse, im Mai 1905, traten die Arbeiter der Fabrik abermals in den Streik. Die Fabrik behauptete, sie habe sich ihrerseits streng an den Tarifvertrag gehalten, sei aber infolge des unberechtigten Streikes gezwungen gewesen, 100 galizische Arbeiter sich kommen zu lassen, und habe dadurch einen Schaden von 2635 M. erlitten. Den müsse ihr der christliche Holzarbeiterverband in Köln ersetzen, der den Streik geduldet und ihn endgültig genehmigt gehabt habe. So der Sachverhalt nach der Schilderung der Firma.

Das Landgericht Köln hatte die Klage abgewiesen und ausgeführt, der Tarifvertrag verpflichte den Verband in keiner Weise, er enthalte lediglich die Bedingungen, auf deren Grundlage die einzelnen Arbeitsverträge abgeschlossen worden seien. Der Verband als solcher sei zu nichts verpflichtet gewesen. Das Oberlandesgericht Köln gelangte gleichfalls zur Abweisung der Klage, doch aus anderen Gründen als das Landgericht. Eine Haftung nach § 830 BSB. müsse selbst bei vertragswidrigem Verhalten des Beklagten ausbleiben, da der Beklagte als nicht rechtsfähiger Verein nicht deliktischfähig sei. Im übrigen sei zu betonen, daß die Arbeiter des beklagten Verbandes auch ohne dessen Zutun aus Sympathie mit den streikenden Hirsch-Dunderschen Arbeitern ebenfalls die Arbeit eingestellt hätten. Somit

Der deutsche Teppich.

Aus der Denkschrift zur Ausstellung deutscher Teppiche im Hause der Abgeordneten.

Mit gütiger Erlaubnis des Präsidiums der Ausstellung.

(Schluß.)

Ein weitverbreiteter, allgemein bekannter und beliebter Teppich ist der Arminier-Teppich. Argora, Argos und Pascha-Teppiche zählen zu den edelsten Erzeugnissen der deutschen Teppich-Industrie. Das Verfahren zur Herstellung der Arminier-Teppiche wurde schon vor langen Jahren in Schottland angewandt. 1877 wurde diese Fabrikation auch nach Deutschland verpflanzt und im Jahre 1880 von Koch u. te Koch in Dölnitz i. B. eingeführt und zu großartiger Entwicklung und Vollkommenheit gebracht. Der Arminier-Teppich vereint in seiner Technik alle Feinheiten der Fabrikation. Das Muster macht ihm keine Schwierigkeiten; denn auch hier kann der Künstler wie der Destillateur frei nach seinem Empfinden arbeiten. Man kann Hunderte von Farben in einem Teppich vereinigen und, sobald der Preis genehmigt wird, alle Bedingungen und Wünsche bezüglich Haltbarkeit und unverwundlicher Qualitäten erfüllen. Diese Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit der Arminierfabrikation beruht auf der Verteilung des Arbeitsprozesses an zwei ganz verschiedene Webstühle, die gleich leistungsfähig sind, gleichviel, ob sie für Handbetrieb nach altem System oder für mechanischen Betrieb nach neuem System eingerichtet sind.

Die zur Verwendung gelangenden Wollgarne kommen, auf Spulen gewickelt, an den Webstuhl oder Vorworte-Webstuhl und werden auf diesem nach Maßgabe der in Originalgröße vorgewalkten Zeichnung zu einem festen Gewebe, welches den Wollfätsch für Hunderte oder mehr ganz gleichartiger Teppiche darstellt, eingebunden. Eine hinreichend konstruierte, handbetriebe oder mehr mechanische Scheren darstellende Schneidemaschine trennt dann diese Webstühle voneinander, und ein auf der Rückseite der Maschine angebrachter, mit Dampf betriebener Triebzylinder preßt und dämpft jeden einzelnen Webstuhlfaden in die vorgeschriebene Form.

Die so gewonnenen, fertigen Webstuhlfäden, in welchen Farbe und Muster eingewebt sind, gelangen hierauf zum Teppichwebstuhl. In diesen schweren Teppichwebstühlen ruhen auf gemaltigen Weberbäumen die Garne, die bestimmt sind, den Untergrund des Teppichs zu bilden. Die Webstuhlfäden werden in ihren einzelnen Teilen und genau in der durch die Arbeitszeichnung diktierten Nummerierung auf Spulen gewickelt und mittelst eines großen Weberstuhls als Einschlag oder Schuß in das Teppichgewebe eingetragen. So erfolgt auf diesem zweiten, dem fertigmachenden Webstuhle die zweite Einbindung des Wollgarnes, des fertiges Plüsches zum fertigen Teppich.

Edelerzeugnisse deutscher Teppichfabrikation sind auch die Smyrna, Victoria und Kaspar-Teppiche. Vergleichen werden diese Teppiche auf eigens dazu gebauten Webmaschinen, mittelst deren hinreichender Einrichtung Webgewebe erzeugt werden können, die denjenigen der orientalischen Teppiche gleichkommen, und wodurch es ferner erreicht worden ist, dem Teppich auf der Rückseite das Bild seiner Vorderseite zu geben, eine Eigenschaft, die bisher in gleichem Maße nur bei den handgefertigten Teppichen zu erzielen war.

Geleitet von dem Bestreben, die feinstädige Textur der alten, echten orientalischen Teppiche zu erreichen, hat man das Prinzip der Lomray-Fabrikation mit dem Verfahren der Doppelplüschweberei vereinigt. In diesem Verfahren dürfte die Technik der Teppichweberei ihren heutigen Höhepunkt erlangt haben. Man stellt damit Teppiche her, die nicht nur in Qualität, künstlerischer Zeichnung und Farbenpracht, sondern auch in Bezug auf Dichtigkeit (bis zu 300.000 einzelne Floraruppen per Quadratmeter) den besten, echten orientalischen Teppichen ebenbürtig sind. Die unter dem Namen Clavier-Tabris-Teppiche wohlbekanntesten Erzeugnisse sind ebenfalls angefertigt.

Hand in Hand mit der Teppichweberei geht die Teppich-Appretur. Die Manipulationen der Appretur verfolgen nicht etwa den Zweck, dem Teppich ein altes, unvollständiges Aussehen zu verleihen, wie dies bei minderwertigen, orientalischen Teppichen beliebt ist, und wozu die unglaublichen Mittel angewandt werden, sondern die

Appretur unserer deutschen Erzeugnisse soll vielmehr zur Entfaltung der ganzen Farbenpracht dienen und dem Teppich ein gleichmäßiges, gediegenes Aussehen geben. Die Appretur ist bei allen deutschen Teppicharten fast die gleiche. Sie besteht in der Hauptsache im Dämpfen und im Scheren. Durch das Dämpfen werden die Wollbüschel aufgerichtet und ausgebreitet, und durch das Scheren werden etwaige Unebenheiten der Webfläche ausgeglichen; die Farböne werden geklärt. — Für beide Manipulationen werden Spezialmaschinen gebaut.

Groß, sehr groß ist heute der Konsum an Teppichen in Deutschland! Hochentwickelt ist Deutschlands Teppichindustrie! Aber Deutschlands Teppichindustrie ist bedroht durch die sich immer steigende Einfuhr minderwertiger Orientteppiche! Im Jahre 1906 wurden an orientalischen Teppichen in Deutschland 270.000 Kilogramm, im Jahre 1907 schon 608.000 Kilogramm eingeführt, im Jahre 1910 ist die Einfuhr solcher Teppiche auf 912.000 Kilogramm geklettert. Unter diesen Teppichen befindet sich eine sehr große Anzahl minderwertiger Qualitäten, die dazu angehen, Teppichindustrie und Teppichhandel zu diskreditieren und zu gefährden. Die deutschen Fabrikanten sind es sich selbst, sowie allen mit ihrer Industrie im Zusammenhang stehenden Industrien und Gewerben daher schuldig, dem Ueberhandnehmen der Einfuhr solcher Teppiche entgegen zu treten und zur Wahrnehmung ihrer berechtigten Interessen die Reichsregierung um Unterstützung zu ersuchen.

Nur gegen minderwertige Erzeugnisse sollen die Bestrebungen gerichtet sein; gegen die Einfuhr wirklich gediegener Teppiche ist nichts einzuwenden, denn Kunst soll und wird sich immer gern mit Kunst messen.

Möchte die Ausstellung deutscher Teppiche das Publikum aufklären über die Vollkommenheit deutscher Teppiche und möchte auch die hohe Reichsregierung den berechtigten Wünschen der deutschen Teppichfabrikanten Gehör schenken, dann würden die ausstellenden Firmen die Genugtuung empfinden, für das Wohl der deutschen Teppichindustrie und somit für das gesamte Wohl des Vaterlandes, Gutes geleistet zu haben.

Vertrauensmänner,

Ihr seid die Träger unserer Bewegung, ihre Pioniere! Pionierarbeit gilt es jetzt zu leisten unter den kauen und Läßigen. Der Verband verläßt sich auf Euch. Ihr werdet sein Vertrauen rechtfertigen.

fehlt die erste Voraussetzung für die behauptete Schadenersatzpflicht des Verbandes, der ursächliche Zusammenhang mit dem eingetretenen Schaden, und dies schon rechtfertigt die Abweisung der Klage. Auch das Reichsgericht erklärte, daß nach den tatsächlichen Feststellungen keine rechtliche Möglichkeit gegeben sei, den Verband als solchen zu verklagen, und wies die Revision zurück.

Gelbe und Sozialdemokratie. Bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit betonen die Gelben ihre Gegnerschaft zur Sozialdemokratie und rühmen ihre nationale Gesinnung. Die Kruppischen Gelben in Essen tragen das Wort „national“ sogar im Firmenschild. Wie sie aber ihre vielgepriesene nationale Gesinnung verstehen und betätigen, erhellt aus der kürzlich erschienenen offiziellen Schrift des „Nationalen Arbeitervereins West Krupp, Essen“. Darin wird u. a. über die 1910 stattgefundene Stadtverordnetenwahl berichtet, daß bei der Hauptwahl 12 Mitglieder für die sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt haben, die neben 58 Mitgliedern, welche Zentrum gewählt hatten, ausgeschlossen wurden. Mit Bezug auf die Stichwahl heißt es dann in der Broschüre wörtlich:

„Für die Stichwahl zwischen unseren Feinden, also zwischen Zentrumskandidaten und Kandidaten der Sozialdemokratie, eine Parole auszugeben, hatten wir keine Veranlassung. Unsere Mitglieder haben sich bei diesen Stichwahlen teils der Abstimmung enthalten und teils Zentrum, teils rot gewählt.“

Hier wird also in einer offiziellen gelben Schrift glatt zugegeben, daß Mitglieder der gelben Wertvereine bei Stadtverordnetenwahlen (öffentlich!) die revolutionäre Sozialdemokratie unterstützen. Diese mit dem Munde, aber nicht in der Tat stets so „nationalen“ Gelben werden bei geheimen Abstimmungen natürlich noch viel mehr die Sozialdemokratie unterstützen. Wenn den Äußerungen gelber Wortführer Wert beizumessen ist, dann gilt bei den meisten Mitgliedern des Kruppischen gelben Vereins für die nächste Reichstagswahl stillschweigend die Parole: Lieber rot wie den christlich-nationalen Arbeitervertreter Giesberts. Eine treffende Illustration zu dem erstmalig von einem Essener evangelischen Geistlichen gebrauchten Vergleich der Gelben mit Blutapfelsinen!

Der Düsseldorfser Krankenkassenkandal hat sich in kühnster bezeichnender Weise weiter entwickelt. Bekanntlich verurteilte die sozialdemokratische Partei- und Günstlingswirtschaft mit dreifacher Stirne abzuleugnen oder gar ins Gegenteil umzuliegen. Der Vorstand der Kasse erließ eine öffentliche Erklärung, daß der Prozeß ein ganz falsches Bild der Zustände in der Krankenkasse ergeben habe und daß in einem neuen Prozeß die reine Wahrheit gerichtlich festgestellt werden solle. Von dem hier angekündigten Prozeß hört man jedoch nichts, trotzdem von christlicher Seite absichtlich neue Handhaben für eine Anklage geboten wurden. Ebenso ist es in der sozialdemokratischen Düsseldorfser Volkszeitung auffallend stille geworden.

Aber etwas anderes hat sich inzwischen ereignet. Infolge des Prozesses hat sich die Aufsichtsbehörde mit der Düsseldorfser Musterkasse — so wurde sie von der sozialdemokratischen Rheinischen Zeitung in Köln nach dem Prozeß bezeichnet — etwas näher befaßt. Und Mitte Oktober ist der Geschäftsführer Lehner, Obergewermeister und Inhaber der Konzeption des Düsseldorfser sozialdemokratischen Volkshauses, ohne Kündigung entlassen worden. Der rote Krankenkassenkandidat in Düsseldorf scheint mithin in Wirklichkeit noch schlimmer zu sein, wie durch den Prozeß bekannt geworden ist.

Textilarbeiter und Schutzoll für die Landwirtschaft. Zur Zeit geht das Geschrei von dem Brotwucher wieder durch die sozialdemokratische Presse. Die ganzen teuren Verhältnisse hat nur die Schutzollpolitik verschuldet, schreit sie und gibt so gewissermaßen eine Entschuldigung für den Händler, der die Taschen der armen Leute schröpft und aus der Not der Zeit Millionen verdient. Hat der Arbeiter denn wirklich ein Interesse an der landwirtschaftlichen Schutzollpolitik? Speziell der Textilarbeiter? Die Lage des Textilarbeiters richtet sich nach der Lage der Textilindustrie und diese wiederum ist wesentlich abhängig von der Lage der Landwirtschaft. Gehets der Landwirtschaft gut, kann sie viele Textilerzeugnisse kaufen. Und die im guten Sinne des Wortes konservative Landwirtschaft kauft auch durchschnittlich gute, solide Ware, woran auch der Arbeiter mehr verdient als an dem Schund, der meistens in die Städte geht. Unser Gewerbe lebt zwar von der Mannigfaltigkeit der Mode, aber der gewaltige Wechsel derselben hat unserm Gewerbe doch auch wieder eine unsichere und schwankende Basis gegeben. Die häuerliche Bevölkerung macht den Modewechsel nicht so mit, gibt darum noch etwas Stetigkeit und Sicherheit für das Geschäft. Ferner: Wir sehen, wie alle Staaten ihre eigene Textilindustrie hochziehen, sie durch hohe Zollmauern schützen vor der ausländischen Konkurrenz. Gerade dem Textilerwerb wird das Auslandsgeschäft von Jahr zu Jahr schwieriger. Um so bedeutender ist für sie ein kräftiger Inlandsmarkt, der außer der städtischen Bevölkerung aus den Angehörigen der Landwirtschaft besteht. Und haben wir nicht als Arbeiter ein Interesse daran, daß wir in dem Bezuge unserer Lebensmittel nicht so abhängig vom Auslande

werden, wie es unsere Textilindustrie in ihren Rohstoffen ist? Man denke nur an die Baumwollfrage, um die Folge einer solchen Abhängigkeit einigermaßen ermessen zu können.

Würde die Landwirtschaft schuklos preisgegeben, dann würde nicht nur der Industrieabsatz und damit der Verdienst des Arbeiters schwer gefährdet, sondern es würden auch Millionen von Menschen, die heute noch in der Landwirtschaft ihre Beschäftigung finden, der Stadt, der Industrie zufließen, das Heer der Arbeiter würde vermehrt, der Lohn gedrückt, die Arbeitslosenarmee vergrößert. Und die aus der Landwirtschaft kommenden Arbeiter suchen gerade gerne in der Textilindustrie Unterkunft. Nicht grundlos hat sich die Textilindustrie gerade auf dem Lande festgesetzt. In diesem Sinne sagt auch „Genosse“ Schulz in den „Soz. Monatsheften“ (Februar 1910):

„Eine ebenso wichtige, zugleich die Industriearbeiterlöhne erhöhende Funktion kann der Agrarschutz, zumal in Deutschland, in Verbindung mit einer energischen inneren Kolonisation ausüben, indem er auf der Angebotsseite die Konkurrenz um öffentliche Arbeitsplätze dadurch vermindert, daß der durch ihn wieder rentabel gemachte Beruf Landarbeiter und Kleinbauern fest und von dem meist überfüllten Industriearbeitsmarkt fernhält.“

Die sozialdemokratische Klassenpartei wird sich indes mit solchen Besserungsvorschlägen schwerlich befreunden können, denn ihr sind alle Bestrebungen, Kleinbauern und Arbeitern zu sicherem Eigentum zu verhelfen, höchst unbehaglich. Wiederholt haben sich die sozialdemokratischen Parteitage entschieden gegen Ansiedlungsbestrebungen ausgesprochen, weil durch die Zuweisung von Grundbesitz die Arbeiter „der Agitation um den Klassenkampf entzogen würden“.

Ungemeinere Produktionspreise sind Veranlassung, daß zunächst der Landwirt höhere Löhne an die Landarbeiter zahlt, was wieder zurückwirkt auf sämtliche Arbeiter auf dem ganzen Arbeitsmarkt. „Um den Arbeiter in der Landwirtschaft besserstellen zu können“, sagt Calmer, „dazu ist es notwendig, daß sich der landwirtschaftliche Betrieb auch rentiert. . . . Kommen wir dem landwirtschaftlichen Arbeiter mit der Forderung, den Schutz der Landwirtschaft niederreißen zu wollen, so eröffnen wir ihm die Aussicht auf eine Periode des Niederganges seiner Arbeitsbedingungen und seiner Arbeitsgelegenheit.“

Schließlich sei noch ein Wort des französischen Sozialdemokraten Etienne Buisson erwähnt, der ebenfalls die große Interessengemeinschaft zwischen Landwirtschaft, Industrie und Arbeiter stark betont:

„Erkennet nicht zwischen dem Fortkommen und dem gesamten Leben des ländlichen und industriellen Proletariats eine enge Interessensolidarität? Wenn die Lebensführung der Industriearbeiter infolge von Reformen zu Gunsten der landwirtschaftlichen Bevölkerung kostspieliger wird, so kann die letztere durch ihre erhöhte Einnahme mehr konsumieren und wird eine größere Menge von Industrieerzeugnissen kaufen; dadurch wird das Leben der Industriearbeiter wiederum günstig beeinflusst, sei es durch eine Verminderung der Arbeitslosigkeit, sei es durch eine Lohnsteigerung.“ (Sozialistische Monatshefte 22, 1910.)

Es ist also doch nicht so, wie es die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftspresse hinstellt, daß der Arbeiter einen auch angemessenen Schutzoll für die Landwirtschaft verdammen soll, nein, er soll ihn begrüßen in seinem eigenen Interesse.

Nicht die Schutzollpolitik ist an der jetzigen Teuerung schuld: Dürre und Missernten sind Naturereignisse, die nicht abwendbar sind. Man mag sie als rationales Unglück ansprechen. Man soll aber solche Notstände, die das ganze Volk und die ganze Nation betreffen, auch gemeinsam zu tragen bestrebt sein, d. h. mit anderen Worten, die bestehenden Klassen haben die Pflicht, in solchen Fällen ihre Solidarität mit dem Volksganzen zu beweisen, indem sie ihrerseits mit ihren reichen Mitteln der notleidenden Bevölkerung zu Hilfe kommen, nicht durch Zuwendungen an die Armenkassen, sondern durch Vermittlung billiger Lebensmittel und Aufrechterhaltung des Lohnstandards.

Man soll aber auch solche Zeiten nicht zu Spek- und Wühlzwecken mißbrauchen, wie es jetzt die Sozialdemokratie tut.

Die Politik der tönenden Worte, die unsere deutschen Genossen bis zur Unsinnigkeit betreiben, wird von dem badischen Sozialistenführer Kolb in der letzten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“ wieder scharf gegetzelt.

Kolb jagt es seinen radikalen deutschen Genossen frei ins Gesicht, daß sie bei ihrer Methode der „tönenden Worte“, der „unbedingten Verneinung“ und „Revolutionismacherei“ einfach unfähig seien, für die Arbeiter etwas zu erreichen im Sinne aufbauender und vorwärtsstrebender Erfolge. Um die sozialistisch organisierte Gesellschaft zu etablieren, dazu fehlte jede Voraussetzung. Selbst wenn die Sozialdemokratie durch irgendwelche zufälligen, nicht voraussehbaren Ereignisse einmal die politische und parlamentarische Macht an sich reißen könnte, wäre sie nicht imstande, die in der ökonomischen Basis begründeten Klassen und Klassengegensätze zu beseitigen. Gewiß sei es sehr bequem, die schwierigsten politischen Probleme immer auf die einfache Formel des Klassenkampfes zu reduzieren, aber wer es tue, entziehe sich damit den Boden für eine erfolgreiche, positiv umgestaltende Tätigkeit. Der unter allen Umständen verneinende, ablehnende Standpunkt der deutschen Sozialdemokraten sei innerlich

hohl und banalerott; je früher eine gründliche Abrechnung mit ihm erfolge, desto besser sei es für die Arbeiterklasse.

Kolb sieht mit einem lachenden und einem weinenden Auge den zu erwartenden großen Wahlerfolg der Sozialdemokratie entgegen. Warum? Weil dann die Ohnmacht des „Großen“ erst recht offensichtlich werden würde, weil die Sozialdemokratie mit einer einzig dastehenden Macht von 4 Millionen Stimmen nichts anzufangen wüßte, weil auch dann Regierung und Parteien wie heute weiter herrschen würden. Die enttäuschten und betrogenen Sozialwähler, die von der Abgabe eines roten Stimmzettels Wunder weißt was erhofften, würden dann die Antwort nicht schuldig bleiben. Kolb rechnet annehmend damit, daß dann die Wählermassen selbst sich gegen die sozialdemokratische Partei auflehnen, Erfüllung ihrer Hoffnungen verlangen, die nicht gewährt werden kann, daß eine Reaktion die nächste Wirkung der sozialdemokratischen Riesenerfolge bei den Wahlen sein wird. „Denn“, sagt Kolb, „die Politik der tönenden Worte und die Revolutionsmacherei, mit der man keinen Hund fürchten macht, verliert mit jedem Wort an Eindrucksfähigkeit. Mit Entzückung, Resolutionen und Protestversammlungen läßt sich die Reaktion nicht ins Hochhorn jagen. . . . Politik kann man nicht mit bloßen Agitations Schlagworten treiben; der beste Agitator ist der politische Erzieher.“

Kolb's Ausführungen sind eine Anerkennung des Standpunktes, den die christlich-nationale Arbeiterschaft und ihre Vertreter in den Parlamenten stets vertreten und praktisch geübt haben — nicht ohne manche schönen Erfolge für die Arbeiter. Die Sozialdemokratie aber ist nicht bloß politisch total fruchtlos, sondern sogar eine ernste Gefahr für die Arbeiter und ihre Erfolge. Die deutsche Sozialdemokratie ist indirekt die größte Feindin des Koalitionsrechts, eines freiheitlichen politischen Rechtes, einer fortgeschrittenen Sozialreform.

Ein sensationeller und bedentfamer Prozeß spielte sich am 23. und 24. Oktober vor dem Schöffengericht Duisburg-Ruhrort ab. Gegenstand der Klage war eine Broschüre, die der frühere Angestellte des Verbandes der christlichen Staats-, Gemeinde- und Verkehrsarbeiter, Herr Johannes Wolf, gegen den genannten Verband herausgegeben hatte und die von der sozialdemokratischen Presse geradezu skrupellos gegen die christlichen Gewerkschaften ausgebeutet wurde. Die Urteilsverkündung wurde vertagt, aber das kann auf Grund der zweitägigen Verhandlungen jetzt schon festgestellt werden, daß die Sozialdemokratie bei dem Prozeß nicht auf ihre Rechnung gekommen ist. Darauf wird noch zurückzukommen sein. Heute interessiert uns die seltsame Rolle, die die Sozialdemokratie bei diesem Prozeß gespielt hat. Da ergeben sich folgende Tatsachen.

Der „Proletarier“, das Organ des sozialdemokratischen Fabrikarbeiterverbandes, schrieb in seiner Nr. 38 (1910), daß sein Verband dem Wolf auf dessen Angebot seines Materials nicht einmal geantwortet habe, ein Beweis, „wie wenig Wert wir der Broschüre beimessen“. Wolf sei „nämlich ganz und gar nicht der fromme, ehrliche, um die christliche Herde besorgte Hirte, der er in seiner Broschüre scheinen möchte, sondern ein sehr real veranlagter, kalt berechnender, seinen Vorteil gewissenhaft wahrnehmender Mensch“. Wolf habe den Sozialdemokraten seine angeblichen Enthüllungen angeboten zu einer Zeit, als der christliche Verband mit 1000 Mitgliedern in Solnhofen in einen Streit verwickelt war. „Dabei mußte Herr Wolff wissen, daß die Veröffentlichung seiner Enthüllungen den kämpfenden Arbeitern jede Aussicht auf Erfolg genommen hätte.“

So der sozialdemokratische „Proletarier“, der allerdings eine Ausnahme im sozialdemokratischen Blätterwald bildete.

Mit welchem Charakter man es bei Wolf zu tun hat, geht auch daraus hervor, daß er dem im Streikgebiet erscheinenden Pöppelheimer Volksblatt während des Solnhöfer Streiks einen die Finanzverhältnisse des Verbandes schwer heruntermachenden Artikel anbot, der von der sozialdemokratischen Presse als Arbeiterverrat gebrandmarkt wurde.

Und nun kommt die Sozialdemokratie und benützt den gleichen Mann nicht nur als Kronzeugen gegen die christlichen Gewerkschaften, sondern nimmt ihn auch noch unter ihre schützenden Fittiche. Bei der Verhandlung am Ruhrorter Schöffengericht stellte der Verteidiger des Verbandsvorsitzenden und Privatklägers Oswald, Rechtsanwält Rumpf-München, unter Beweis, daß Wolf nur der Vorgesobene, nur ein Werkzeug sei, die Regisseure des Prozesses seien Sozialdemokraten, deren Abgesandte draußen auf dem Gerichtsgang den Prozeß schoben und die auch Wolf den Rechtsanwält gestellt hätten.

So unverantwortlich vergeudet die Sozialdemokratie also Arbeiterergötzen, an Charaktere wie Wolf hängt sie Hunderte von Mark Gerichtsosten, nur aus blindem Haß gegen die christlichen Gewerkschaften. An dem Duisburg-Ruhrorter Prozeß aber wird sie wenig Freude und Genugtuung empfinden; Johannes Wolf wird den Genossen eine teurere, aber wertlose Nummer sein. Lehre und seine roten Impresarios können sich bei ihrem schmachtvollen Hereinfall nur damit trösten, daß sie einander würdig sind.

Aus unserer Industrie.

Textilwareneinfuhr der Vereinigten Staaten von Amerika im Jahre 1910/11.

Die Einfuhr von Textilwaren nach den Vereinigten Staaten von Amerika hat im Jahre 1910/11 in allen Gruppen, zum Teil recht erheblich, nachgelassen. Die Abnahme gegenüber 1909/10 in Prozenten der Einfuhrmenge hat sich, soweit statistische Feststellungen vorliegen, folgendermaßen gestaltet: Wollenwaren: Teppiche 15, Tuche 24, Kleiderstoffe 37, Wirkwaren, Garne usw. 23; Seidenwaren: Schmale Gewebe 13, Bänder 29, Kleiderstoffe und Stüchseiden 52, Spitzen und Stickereien 30,4, Samt und Plüsch 7; Leinenwaren: Leinengewebe 19; Baumwollenwaren: Gewebe gebleicht und gefärbt 10, Strümpfe 33, andere Wirkwaren 10, Spitzen, Stickereien 2, Garne 22.

Die Stellung der Hauptländer hinsichtlich der Veränderungen der Einfuhr (in Prozenten) ergibt sich aus nachstehender Aufstellung:

	Deutschland	Frankreich	England	Schweiz
Wollentuche	- 41	-	- 14,6	-
Wollene Kleiderstoffe	- 50	- 31	- 36	-
Seidene Kleidung	- 4,5	+ 9,6	+ 47	-
Seidene Kleiderstoffe	- 20,6	+ 5,5	-	- 28
Seidene Spitzen usw.	- 280	- 25	- 45	-
Leinengewebe	- 2	- 6,7	- 14	-
Baumwollengewebe	+ 11	+ 53	- 18	+ 14
Baumwollene Spitzen usw.	+ 12	- 8,5	- 10	- 4,4
Baumwollene Wirkwaren	- 37	alle anderen beteiligten Länder	- 14 Proz.	

Die Einfuhr aus Japan stieg bei seidener Kleidung um 27, bei seidener Spitzen usw. um 47 Proz. und ging bei seidener Kleiderstoffen um 1,2 Proz. zurück; ferner fiel die Einfuhr aus Belgien in Wollentuchen um 18, in Leinengeweben um 6 Proz., aus Italien in seidener Kleiderstoffen um 28 Proz., aus Oesterreich in Leinengeweben um 1,6 Proz. Größere Zunahmen der Gesamteinfuhr haben nur stattgefunden bei wollenen Bekleidungsstücken um 20 Proz., Kunstseide um 26 Proz., Baumwollensamt um 50 Proz., Baumwollensamt und Kunstseide, die beide in dem letzten Jahre in großen Mengen verbraucht wurden, werden in den Vereinigten Staaten nur in geringem Umfang hergestellt. Die höhere Einfuhr von fertigen wollenen Bekleidungsstücken wird auf den lang ausgebehten Streit in der Konfektionsindustrie zurückgeführt, durch den die amerikanische Produktion wesentlich eingeschränkt worden ist.

Die Zunahme der Baumwollspindeln der Welt in den letzten fünf Jahren.

Die Erhebungen des Internationalen Verbandes der Baumwollspinner- und Webereivereinigungen über die Zahl der auf der Welt vorhandenen Baumwollspindeln liegen nunmehr für den Bestand vom 1. März des laufenden Jahres vor. Damit läßt sich zurzeit mit annähernder Wichtigkeit die Zunahme der letzten fünf Jahre vergleichen, und zwar ergibt sich nach dem Bestande vom 1. März 1907 und 1911 eine Steigerung von insgesamt 114 036 168 auf 135 596 724 Stück. Das bedeutet eine Vermehrung der Spindeln um 21 560 556 Stück oder um ca. 19 Prozent. Die Veränderungen, die sich im Laufe dieser Zeit bei den einzelnen Ländern vollzogen haben, müssen als Gradmesser für die Entwicklung der Baumwollindustrie in den verschiedenen Staaten angesehen werden. Für die wichtigeren Länder stellte sich der Bestand wie folgt:

	1. März 1907	1. März 1911	Zun. Proz.
Großbritannien	50 679 641	53 859 247	6,3
U. Staaten v. Amerika	26 242 000	28 500 000	8,6
Deutschland	9 339 448	10 299 597	10,3
Rußland	6 500 000	8 600 000	32,3
Frankreich	6 800 000	7 200 000	5,9
Oesterreich	3 616 434	4 686 433	29,6
Italien	3 500 000	4 215 000	20,4
Japan	1 483 497	2 095 232	41,2
Belgien	1 114 000	1 322 075	15,9
Schweden	415 000	529 772	27,6
Portugal	420 000	475 696	13,3
Niederlande	395 678	465 246	17,6

Dementsprechend ist die Entwicklung der Baumwollindustrie besonders sprunghaft in Japan und Rußland verlaufen. Es sind dies Länder, die den Baumwollanbau eifrig fördern und sich durch Großziehung einer einheimischen Industrie vom Auslande unabhängig machen wollen. Erheblich ist auch die Zunahme in Oesterreich, Italien, Belgien, Schweden, Portugal und den Niederlanden. Für Indien und Kanada liegen erst Ermittlungen seit 1908 vor, und zwar ergibt sich bei diesen Ländern in den vier Jahren eine Zunahme der Baumwollspindeln von 5 300 000 auf 6 195 671 bzw. von 759 000 auf 855 293 Stück, also um 16,9 resp. 7,6 Prozent. Die absolute Ueberlegenheit Großbritanniens und der Vereinigten Staaten geht aus den Zahlen klar hervor.

Internationales Syndikat der Kunstseidefabrikanten — Erhöhung der Preise für Kunstseide.

Das Zustandekommen eines internationalen Syndikats der Kunstseidefabrikanten speziell zwischen den belgischen, deutschen und französischen Fabriken ist, wie aus Branchenkreisen verlautet, gesichert und für die nächsten Tage endgültig zu erwarten.

Infolge der ungünstigen Kartoffelernte, so schreibt die „Zeitschrift für die gesamte Textilindustrie“, ist bekanntlich vor einiger Zeit eine bedeutende Erhöhung der Spirituspreise in Deutschland eingetreten, und es läßt sich heute nicht voraussagen, ob die Spirituszentrale,

von deren Politik die Festsetzung der Spirituspreise im Deutschen Reich allein abhängt, noch weitere Steigerungen wird eintreten lassen. Von diesen außerordentlich hohen Preisaufschlägen ist die Spiritus verbrauchende Kunstseidenindustrie aufs schwerste betroffen und genötigt, die Verkaufspreise für das Fabrikat entsprechend in die Höhe zu setzen. Ein solcher Aufschlag mußte auch schon teilweise durchgeführt werden und dürfte bei der gegenwärtigen Spiritusmarktlage eine bedeutende Erhöhung der Kunstseidenpreise nicht ausbleiben.

Ergebnisse der vom Reichsamt des Innern veranstalteten Produktionserhebungen in der Textilindustrie i. J. 1907.

Sieben werden die Resultate der Produktionserhebungen, welche das Reichsamt des Innern für das Jahr 1907 veranstaltet hat, soweit sie die Streichgarnspinnereien, die Zwirnereien von Streichgarn, ferner die Betriebe von gewebten Kleiderstoffen lediglich aus wollenen Kamm- und Streichgarnen oder aus dazwischenliegenden Garnen zusammen mit andern Gespinnsten, und die Betriebe zur Herstellung von Kunstwolle betreffen, veröffentlicht. In den Streichgarnspinnereien waren im Jahre 1907: 1 956 342 Stück Spinnspindeln vorhanden. In diesen wurden zusammen mit den Webereien von wollenen und halbwollenen Kleiderstoffen 93 974 465 kg Spinnstoffe verarbeitet. Darunter befanden sich 27 675 041 kg Schafwolle in gewaschenem Zustande, 9 255 776 kg Kämmlinge und andere Abfälle der Wollkämmerei und der Kammgarn- und Streichgarnspinnerei, 40 673 480 kg Kunstwolle, 15 422 893 kg Baumwolle, 947 275 kg andere Spinnstoffe; die Jahreserzeugung betrug in den genannten Betrieben an einträchtigem Streichgarn 90 565 888 kg im Werte von 228 959 907 M. (für eigene Rechnung). Für fremde Rechnung wurden 10 990 798 kg Streichgarn erzeugt.

Die Verzerrung von Streichgarn wurde von einem Teil der Streichgarnspinnereien besorgt. Diese Betriebe hatten 23 036 Stück Zwirrspindeln, die im ganzen 2 248 025 kg Garne verzerrten. Die Jahreserzeugung an gezwirntem Garn stellte sich auf 2 211 578 kg im Werte von 5 372 465 M.

In den Webereien von wollenen und halbwollenen Kleiderstoffen waren 1907: 92 189 mechanische Webstühle und 3 203 Handwebstühle aufgestellt. Außerdem waren für Rechnung der Webereien noch 11 017 mech. und 8 036 Handwebstühle im Betrieb. Die Gesamtmenge der verarbeiteten Gespinste (Garne und Zwirne) betrug 127 393 072 kg, die eine Erzeugung von Kleiderstoffen von 113 355 019 kg lieferten im Werte von 774 508 689 M. In den Kunstwollfabriken kamen 1907: 37 715 066 kg Materialien zur Verarbeitung; die Jahreserzeugung an Kunstwolle und sog. Waggen betrug 25 383 114 kg im Werte von 200 024 418 M.

Aus dem Verbandsgebiete.

Zur gefl. Beachtung!

Die Ortsgruppenvorstände werden dringend gebeten, beim Wegzug eines Mitgliedes nach einer andern Ortsgruppe stets die genaue Adresse (Straße und Haus-Nr.) der neuen Wohnung

auf der Rückseite der Mitgliedskarte zu vermerken.

Bei der Angabe des neuen Wohnorts allein ist der betreffende Ortsgruppenvorstand nicht in der Lage, das zugezogene Mitglied aufzufinden.

Beim Wegzug muß auf der Mitgliedskarte bei der Einsendung an die Zentralstelle die Ortsgruppe vermerkt werden, zu der das Mitglied bisher gehörte.

Mitglieder, welche auf Wandererschaft sind und in einer Ortsgruppe in Arbeit treten, müssen bei ihrer Anmeldung von dem Vorstand der betreffenden Ortsgruppe zugleich auch bei der Zentralstelle als zugereist angemeldet werden.

Mit kollegialem Gruß

Die Zentralstelle Düsseldorf, Kavalleriestr. 22.

Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten.

Lambrecht.

Tarifvertrag. Als Resultat viertägiger Verhandlungen zwischen dem christlichen und dem „deutschen“ Textilarbeiterverbände einerseits und den Lambrecht'schen Tuchfabrikanten andererseits, unter Vorsitz des Kgl. Gewerberat's Köpinger, ist ein Tarifvertrag abgeschlossen worden. Derselbe bringt den Tagelohnarbeitern, Arbeiterinnen und Jugendbächen namhafte Lohnerhöhungen und sieht für die genannten Kategorien Mindestlöhne vor.

Für Akkordarbeiter (Tuchmacher) tritt eine bessere und gerechtere Bezahlung für Nebenarbeiten sowie bei Warten auf Material und bei Webstuhlreparaturen ein.

Die Akkordlöhne für Fülzweber haben eine Erhöhung erfahren, ebenso die Löhne für Seitenstecherinnen. Die Erhöhung der Akkordlöhne für Tuchweber wird im Tarifvertrage davon abhängig gemacht, daß es den Arbeiterverbänden gelingt, die Löhne an den deutschen Konkurrenzplätzen durchschrittlich auf die Höhe der in Lambrecht gezahlten zu bringen. Daß dieser Zustand recht bald erreicht wird, muß das unvermüde Bestreben der beiden Verbände sein. Wenn die Verbände an der Erreichung dieses Zieles ebenso einmütig zusammenarbeiten wie bei der Lohnbewegung in Lambrecht, kann der Erfolg nicht ausbleiben. Wohl hätten auch die Lambrecht'schen Tuchweber bei den heutigen Lernerzeugungsverhältnissen eine

sofortige Lohnerhöhung recht nötig gehabt, aber wie die Dinge einmal lagen, ließ sich augenblicklich nicht mehr erreichen.

Wenn die Fabrikanten für Militärtuche wieder bessere Preise erzielen als die augenblicklich sehr gedrückten, soll für diesen Artikel ebenfalls eine bessere Bezahlung erfolgen. Diese Bestimmung ist gleichfalls im Tarif festgelegt.

Einen Erfolg von großer prinzipieller Bedeutung bildet die Anerkennung der Organisation.

Zur Ueberwachung der Einhaltung der Tarifbestimmungen ist eine aus Arbeitern und Arbeitgebern bestehende Tarifkommission vorgesehen, welche zu ihren Sitzungen die Organisationsvertreter mit beratender Stimme zuziehen kann.

Neustadt (D.-S.)

Eingabe um Lohnerhöhung. In zwei allgemeinen Textilarbeiterversammlungen, von unserer Ortsgruppe am 11. und 24. Oktober veranstaltet, wurde die gegenwärtige Lage besprochen und über Mittel und Wege beraten, wie die Notlage der Arbeiterschaft gemildert werden könnte. Die Versammlungen waren mit wenigen Ausnahmen nur von unseren Mitgliedern und Unorganisierten besucht. Es wurde beschlossen, in einer Eingabe an die Firma S. Fränkel eine Erhöhung der Löhne anzustreben. Die Eingabe ist bereits am 26. Oktober eingereicht worden.

Kollegen und Kolleginnen! Nur eine gut organisierte Arbeiterschaft kann ihren Wünschen Nachdruck geben. Suchen wir deshalb mit allen Kräften unsern Verband zu stärken. Hört die Unorganisierten auf, führt vor allem eure Kinder dem Verbands zu. Besonders möchten wir auch die im Hochhause beschäftigten Arbeiter erneut auf die Vorteile und die Notwendigkeit der Organisation aufmerksam machen. Einstmals gut organisiert, sind es jetzt nur wenige, die treu zur Organisation halten. Aber wie haben sich seit dieser Zeit auch die Verhältnisse in dieser Abteilung verschlechtert. Nur feste arbeiten, aber nicht müssen. Aufsichtspersonen, die wichtigeres zu tun hätten, sehen in der Bekämpfung der Christlichen (beispielsweise nicht der Roten) anscheinend ihre Aufgabe. Was haben z. B. die Hinterbliebenen unseres früheren Kollegen Dzinwit, der infolge Verbrüderung im Pankusstift verstarb, davon, daß sich der Kollege von solch gewerkschaftsfeindlichen Elementen überreden ließ, aus dem Verbands auszutreten? Doch nur das, daß sie nicht die 300 Mark Unfallunterstützung bekommen, worauf dieser Kollege schon Anspruch gehabt hätte. Darum Kollegen und Kolleginnen, nicht auf andere hören, sondern — selbst ist der Mann!

Berichte aus den Ortsgruppen.

Burgwaldbüchel. Es ist für einen Ortsgruppenvorstand immer eine besondere Freude, wenn er von einem guten Versammlungsbesuch berichten kann. Unsere Generalversammlung vom 15. Okt. war sogar sehr gut besucht. Der Kassierer legte die Quartalsabrechnungen vor, die von den Revisoren in genauer Ordnung befunden worden waren. Als Kartelldelegierter wurde Kollege Jörrißen gewählt. Eine rege Diskussion ergab der Bericht des Vorsitzenden über die Bezirkskonferenz in Krefeld und zwar insoweit, als es sich um die Einführung eines Lokalbeitrages zur Wegschaffung des 15prozentigen Anteils der Ortsgruppe handelte. Die Mehrzahl der Redner, die zu diesem Punkte sprachen, konnten sich mit einem Lokalbeitrage nicht befreunden. Zum vierten Punkt der Tagesordnung wurde beschlossen, in diesem Winter ein Familienfest zu veranstalten. Hoffentlich wird dieses Fest sich den früheren würdig zur Seite stellen können. — Es diene den Mitgliedern zur Kenntnis, daß in der nächsten Generalversammlung Neuwahl des Vorstandes stattfindet.

Düren (Nhb.) Gewerbegerichtswahl. Bei der am 27. Oktober erfolgten Gewerbegerichtswahl, die zum erstenmale auf Antrag der christlichen Arbeiterschaft nach dem Verhältniswahlrecht durchgeführt wurde, errang die christliche Arbeiterschaft einen glänzenden Sieg. Mit 1880 Stimmen gegen 393 der vereinigten Sozialdemokraten und Hirsch-Dunderschen erhielten sie von den 12 zu vergebenden Sitzen 10. Die Hirsch-Dunderschen gehen trotz des Wahlsieges mit den Sozialdemokraten vollständig leer aus, da ihre Kandidaten auf der Bündnisliste erst an dritter Stelle begannen. Gegen die letzte Wahl vom Jahre 1908 betrug die Steigerung der christlichen Stimmen 420, die der Gegenseite 96, die aber auf die Beteiligung der Hirsch-Dunderschen zurück zu führen sind. 1908 hatten die Sozialdemokraten den Kampf allein geführt. Jetzt ist für sie das Ergebnis vernichtend, anstatt Stimmenzuwachs nahmen sie stellenweise sogar ab. In der Wahlkammer Strkesdorf, wo sie glaubten, eine kleine Hochburg zu haben, erhielten sie nur 22 Stimmen, eine weniger wie 1908. Hier hat die Wahl bewiesen, daß die Genossen Boden nicht gewinnen werden, wenn alle so weiter auf dem Posten sind. Der Kampf wurde besonders in den letzten Tagen scharf aber sachlich von uns geführt.

Forsythheim. Bei der am 22. Okt. dahier stattgefundenen Gewerbegerichtswahl der Arbeitnehmer übten nur 44 Proz. ihr Wahlrecht aus, während 55 Proz. der Wahl fernblieben. Von diesen stimmten 372 für die Liste der sozialdemokratischen Kandidaten und 369 für die Liste der christlich-nationalen Kandidaten. Es erhält sonach jede Partei je 3 Beisitzer und 3 Ersatzmänner. Zwischen 900 bis 1000 Wahlberechtigte blieben der Wahl fern.

Julda gegen die Gelben. In einer Versammlung, die am 20. Okt. hier abgehalten worden ist, zu dem Zweck, eine sogenannte gelbe Gewerkschaft ins Leben zu rufen, soll der Herr Herr Drentweit aus Augsburg, einer der Führer der gelben Gewerkschaften, die Bestrebungen der christlichen Gewerkschaften und der konfessionellen Arbeitervereine als „Hungrig“ bezeichnet haben. Die christlichen Gewerkschaften, so soll sich der Redner weiter geäußert haben, gingen von dem Gedanken aus, das Kapital zu vernichten, die Werkvereine wollten das Kapital schützen. Die christlich organisierte Arbeiterschaft sah sich durch solche Ausführungen beschimpft, und das Kartell der christlichen Gewerkschaften berief deshalb zum Protest auf den 26. Okt. eine Versammlung in das kathol. Gesellenhaus, die sehr zahlreich besucht war. Gewerkschaftssekretäre Scherer aus Offenbach und Geier

Junge Garde, vor die Front! Sie muß sich mit der ganzen feurigen und selbstlosen Hingabe der Jugend der Agitationsarbeit widmen. Zu wirken für Freiheit und Gerechtigkeit bringt Freude und Genugtuung.

aus Augsburg hatten es übernommen, die Versammlung über Wesen und Bedeutung dieser jüngsten Arbeiterorganisationen aufzuklären, die von den Unternehmern ausgehalten werden und den Unternehmerinteressen auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete dienlich sind. Der Gedankengang des ersten Redners läßt sich wie folgt zusammenfassen: Wertvereine werden überall da gegründet, wo man einen Keil in die organisierte Arbeiterschaft treiben, ihre Kräfte zersplittern und wo man sich des „Druckes“ der Gewerkschaften entledigen will. Der Hauptzweck der Einführung des Wertvereins ist die Befestigung des „Herrn im Hause-Standpunktes“. Die Wertvereine sind keine selbständige Standesorganisation, sondern vom Arbeitgeber abhängig. Ihre Mitgliederzahl geht darum auch stetig zurück, während die christlichen Gewerkschaften fortschreiten. Der christliche Metallarbeiterverband hat im letzten Jahre um 11 000 Mitglieder zugenommen. Der Arbeiter, der sich dem gelben Wertverein anschließt, verliert sein Koalitionsrecht, darum sollen die Arbeiter entschieden gegen jeden Versuch, sie gegen die christlichen Gewerkschaften einzunehmen, Front machen. Die Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft in den letzten Jahrzehnten ist lediglich den christlichen Gewerkschaften zu danken.

Gewerkschaftssekretär Geier hatte Gelegenheit, das Treiben der „Gelben“ an der Quelle zu studieren. Sie sind 1905 in Augsburg unter der Maske, den Terrorismus der Sozialdemokratie zu bekämpfen, gegründet worden. Kollege Geier legte dar, daß die „Gelben“ in religiöser, politischer und ganz besonders in wirtschaftlicher Beziehung Werkzeuge der Unternehmer sind. Ihre Organe: „Die Wehr“ und die „Stadtfrabau“ werden von einem Freimaurer redigiert, der sich namentlich darin gefällt, die katholische Kirche, ihre Diener und ihre Einrichtungen lächerlich zu machen. 1907 sind in Augsburg die Wertvereine bei den bayrischen Landtagswahlen dazu benutzt worden, um dem Liberalismus auf die Beine zu helfen. Die Wertvereine haben, wie Gewerkschaftssekretär Geier an Beispielen zeigte, die wirtschaftliche Lage des Arbeiters nicht gebessert, sondern bedauernd verschlechtert.

Beide Referenten, denen der Vorsitzende des christlichen Gewerkschaftsartells, Kollege Stahl, den herzlichsten Dank aussprach, schlossen ihre lebhaft begrüßten Ausführungen mit einer eindringlichen Empfehlung der christlichen Gewerkschaften und der konfessionellen Arbeitervereine. Insbesondere brachte die Versammlung ihre Zustimmung zu den Worten der Redner durch Annahme einer Resolution zum Ausdruck, worin sie gegen den von Herrn Drentweit, jedenfalls im Auftrage dritter Personen unternommenen Versuch, in Juida die gelben Wertvereine einzuführen, und gegen seine mit Bezug auf die christlich-nationale Arbeiterbewegung getanen Äußerungen energisch protestiert. Die Versammlung erklart in der Einführung der gelben Wertvereine das Bestreben, den Arbeitern die Ausübung des Koalitionsrechtes unmöglich zu machen. Dem müsse entschieden Widerstand entgegen gesetzt werden. Die Versammlung erwartet von dem sozialen Verständnis der hiesigen Industriellen, daß sie weder direkt noch indirekt durch ihre Meister oder Vorarbeiter den gelben Wertvereinen Vorhieb leisten oder die Arbeiter durch irgend welche Mittel zum Eintritt zu bestimmen suchen. Entschieden verurteilt sie den Versuch, Arbeiter durch Bedrohung mit Protokollsmachung zum Eintritt in die Wertvereine zu zwingen. Zur Sicherung des Koalitionsrechtes gelobt die Versammlung, den christlichen Gewerkschaften die Treue zu bewahren und diese Organisationen mit allen erlaubten Mitteln auszubauen und zu stärken.

Mit einem begeisterten Hoch auf die christlich-nationale Arbeiterbewegung endigte die Versammlung, die das Bild geschlossener Einigkeit in der Beurteilung der gelben Wertvereine zeigte.

Greven. Die Unterstufungen werden von jetzt an von dem Kollegen Bernhard Kleimeier, Gürgenstr. Nr. 7, ausbezahlt und zwar Donnerstags abends, sowie Sonntags von 12—2 Uhr. Wir bitten unsere Mitglieder, den bestimmten Zeitpunkt inne zu halten.

Gronau. Trotzdem die Sozialdemokraten bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit über Klassenjustiz der bürgerlichen Gerichte schimpfen, wenn es sich um bestrafende Urteile gegen Genossen handelt, laufen dieselben doch hin und wieder zum Kadl. So auch Genosse Mathies, seines Zeichens Geschäftsführer des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes. Derselbe strengte eine Klage an gegen den Bezirksleiter unseres Verbandes Sparenberg. Sparenberg hatte Widerklage erhoben. Die Anklage gegen Sparenberg lautete, er habe in einer Versammlung zu Dörfersfeld in bezug auf den Privatkläger gesagt: Mathies sei vom Konsumverein Hannover-Linden entlassen worden, weil er habe mein und dein nicht unterscheiden können. Die Widerklage gegen Mathies lautete, Mathies habe Sparenberg zugerufen: Du erbärmlicher Feigling.

Am 25. Oktober fand die Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht in Ahaus statt. Sparenberg, welcher vom Herrn Rechtsanwalt Heisterberg verteidigt wurde, bestritt die angebliche Äußerung in dem Sinne getan zu haben, wie die Anklage lautete. Die ersten drei Zeugen sagten aus, daß die Genossen in der betreffenden Versammlung den Angeklagten Sparenberg schon bei seinem Erscheinen mit Hohnrufen, du bist der Schöpfung, der Gatteste empfangen hätten. Die Genossen hätten sehr viel Krach und Lärm gemacht, um die christlichen Redner am Sprechen zu hindern. Sparenberg habe über die Beziehung des Mathies zum Konsumverein nicht gesprochen, sondern die Äußerung „Mein und Dein“ habe sich auf das Erfurter Programm, in welchem bekanntlich die Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel verlangt wird, bezogen. Gewerkschaftssekretär Berge habe eine Notiz folgenden Inhaltes vorgelesen:

Hann. Courier. Nr. 28361 vom 13. 9. 1910.
Die Schwierigkeit einer Lagerhalterstellung lernte der frühere Fabrikarbeiter Heinrich Mathies kennen, als er am 3. April d. Js. eine solche Stelle für das Lager 3 des Haushaltsvereins Linden gegen Vereinbarung eines Jahresgehältes von 1600 Mark, 2% Umsatzprovision usw. übernahm. Gleich in den ersten Wochen gewann der Vorstand die Ueberzeugung, daß sich M. für den Posten nicht recht eignete, und bereits am 1. Mai wurde er gegen Zahlung einer Gehalts-, Miets- und Umsatzschädigung entlassen. Die eingezahlte Kautions behielt der Vorstand ein, da sich ein Kassenverluft von 666 M. herausgestellt habe. M. klagte hierauf beim Kaufmannsgericht Linden auf Rückzahlung der Kautions. Das von ihm verwaltete Lager sei das größte des Haushaltsvereins; in den 28 Tagen seiner Tätigkeit habe er einen Umsatz von mehr als 12 000 M.

erzielt. Im übrigen sei er, nachdem er 20 Jahre in einer Fabrik gearbeitet habe, ohne alle Vorkenntnisse eingetreten und der Vorstand habe nichts getan, um ihn wenigstens einigermaßen anlernen zu lassen. In den ungenügenden und unübersichtlichen Räumen des Verkaufslotales sei eine geordnete Verwaltung der Warenbestände nahezu unmöglich. Vor ihm hätten bereits drei Lagerhalter den gleichen Posten abgegeben und wegen Fehlbetrages ihre Kautions im Stiche lassen müssen. Der erste Geschäftsführer des Haushaltsvereins Linden betonte demgegenüber, daß M. laut Dienstinstruktion und Anstellungsvertrag zur Deckung des Schadens verpflichtet war; die Schadenhöhe sei von M. durch Unterschrift der Uebernahme- und Abgangsinventur anerkannt worden. Angelernt würde vom Vorstand prinzipiell kein Lagerhalter; jeder Lagerhalter müsse sich bei Uebernahme seines Postens bewußt sein, ihn auch ausfüllen zu können, und es sei ihm überlassen, sich in den Besitz der erforderlichen Kenntnisse zu setzen. Der Kläger sei aber obendrein ausnahmsweise dadurch unterstützt worden, daß ihm der Vorstand für die ersten acht Tage den Lagermeister des Vereins zur Verfügung gestellt habe.

Von dem Vorsitzenden, Stadtsyndikus Dr. Legtmeyer, wurde den Parteien ein Vergleich in Höhe von 250 Mark vorgeschlagen und ihnen für dessen Annahme eine Bedenkzeit von 17. d. M. gestellt. Wird in dieser Zeit der Vergleich abgelehnt, so wird in der Sache weiter verhandelt werden.

Der Junge Berge erklärte, Sparenberg sei bei der Verlesung dieser Notiz nicht zugegen gewesen und deshalb hätte dessen Äußerung sich nicht auf das Vorgelesene beziehen können.

Mathies habe Sparenberg „du erbärmlicher Feigling“ genannt, außerdem sei Mathies mit erhobener Faust auf Sparenberg zugekommen und habe ihm zugerufen: „Warte, wenn du mal in Fort bist, dann wird man dir eine große Klappe schon zumachen“. Zwei Genossen sagten aus, daß Sparenbergs Hedewendung sich auf den Konsumverein bezogen habe. Der Angeklagte S. bestritt solches entschieden.

Das Urteil lautete: Beide werden zu 50 M. Geldstrafe verurteilt und tragen je die Hälfte der Kosten.

Hausen i. W. Unsere Mitgliederversammlung am 11. Oktober war gut besucht. Nachdem das Protokoll verlesen und der Kassenbericht vom dritten Quartal bekannt gegeben war, hielt uns der Bezirksleiter, Kollege Nümmele aus Vörrach, einen lehrreichen Vortrag über die Bedeutung der Baumwollfrage für uns Textilarbeiter. In der Diskussion wurde noch über die Herbst- und Winterarbeit gesprochen. Der Vorsitzende, Kollege Baumgartner, schloß die Versammlung mit dem Wunsch, daß bei den nächsten Versammlungen die Mitglieder ebenso zahlreich erscheinen möchten wie diesmal.

Obernkirchen. Zu einer öffentlichen Arbeiter- und Arbeiterinnenversammlung hatte auf den 12. Okt. abends der christlich-nationale Textilarbeiterverband eingeladen. Kollege Wieser-Zittau behandelte das Thema: „Warum müssen sich die Textilarbeiter und Arbeiterinnen von Neukirch organisieren?“ Der Redner zeichnete zunächst ein Bild von der Entwicklung unseres Gewerbelebens. Anstelle des handwerksmäßigen Kleinbetriebes sei heute größtenteils der kapitalistische Großbetrieb getreten. Diese Entwicklung habe den jüngsten Stand in unserem Volke, den Arbeiterstand hervorgebracht. Wie immer die unteren Stände in sozialer, wirtschaftlicher und rechtlicher Hinsicht eine angemessene Stellung erringen müßten, so auch in der Festigkeit der Arbeiterfront. In den gewerkschaftlichen Organisationen habe sich die deutsche Arbeiterschaft eine Standesinteressenvertretung geschaffen. Unter grundsätzlicher Ablehnung des Klassenkampfes, wie ihn die Sozialdemokratie, auch in ihrer sogenannten „freien“ Gewerkschaftsbewegung, als treibendes Element aufweist, seien die christlich-nationalen Gewerkschaften allzeit bestrebt, unter Anwendung aller gesetzlich erlaubten Mittel an der gesamten Hebung des Arbeiterstandes mitzuarbeiten. Es sei sehr im Interesse der Industrie und des Volksganzen gelegen, wenn die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung darauf hinarbeite, die materielle Unsicherheit der Arbeiter einzudämmen und andererseits deren wirtschaftliche Besserstellung erstrebe. Denn nicht zuletzt sei das materielle Glend der Vorläufer des moralischen Glendes. In dieser Hinsicht verschloße auch der christlich-nationale Textilarbeiterverband seine Augen nicht den Mängeln in den heimischen Fabriken. Weil der Aufschwung unseres deutschen industriellen Lebens mit zurückzuführen ist auf die Tüchtigkeit des deutschen Arbeiterstandes, so könne kein gerecht denkender verlangen, daß dieser Arbeiterstand auf ein Mitbestimmungsrecht über die gesamten Arbeitsbedingungen und auf einen angemessenen Anteil der Fortschritte des gesamten Kulturlebens verzichte. Die Arbeitgeber und die Industrie zu bekämpfen, läge den christlich-nationalen Verbänden grundsätzlich fern, sei doch die Industrie der Boden, mit dem die Lohnarbeiterschaft steht und fällt. Nur solle dem Arbeiter in jeder Beziehung eine Stellung eingeräumt werden, die ihn befriedigen kann und seine Arbeitsfreudigkeit erhöht. Die christlich-nationalen Gewerkschaften ließen sich bei diesen ihren Aufgaben nicht vom Klassenkampfgebanken leiten. wie ihn anzunehmen hernach die Arbeitgeber ja auch das Recht hätten, sondern der Standpunkt des Rechts und der Gerechtigkeit sei hier bestimmend. Allein der christlich-nationale Textilarbeiterverband habe in der letzten Zeit seines Bestehens über 45 000 Mitglieder gewonnen und das ansehnliche Vermögen von 1/4 Million Mark aufzuweisen. Das Vertragswesen sei auch den hiesigen Verhältnissen angepaßt. Die Unterstützungseinrichtungen seien so ausgebaut, daß die Mitglieder auch bei den Wechselfällen des Lebens, wie Krankheit, Arbeitslosigkeit und dergleichen, die Wohltaten der Organisation genießen könnten. In der Diskussion ergriffen auch einige Sozialdemokraten das Wort, die aber ohne Beweisführung alles Nichtsozialistische verdächtigen und verleumdeten. In seinem Schlußwort bezeichnete der Referent die haltlosen Behauptungen der Sozialisten als einen Ausfluß von beispielloser Unkenntnis der Arbeiterbewegung. 1/2 12 Uhr fand die gut besuchte Versammlung ihr Ende mit dem Erfolge, daß der christlich-nationale Textilarbeiterverband mehrere Anhänger gewann.

Reine. Zu stürmischen Auseinandersetzungen kam es am 22. Oktober im Paulushause in einer großen öffentlichen Versammlung, einberufen vom christlichen Gewerkschaftsartell. Schmidt-Berlin vom christlichen Bauarbeiterverband hielt den freien Gewerkschaften in seinem Referat „Christentum und Klassenkampf“ ihren antireligiösen, sozialdemokratischen Charakter vor. In der Diskussion suchten mehrere sozialdemokratische Redner diesen Vorwurf zu widerlegen. Dabei betonte aber Mathies-Gronau, der Beamte des „freien“

Textilarbeiterverbandes, ausdrücklich, daß er es als seine Aufgabe betrachte, die Gewerkschaftler auch zu guten Sozialdemokraten zu machen. Als der Referent zum Schluß ein Hoch auf die christlichen Gewerkschaften ausbrachte, schrien die Sozialdemokraten Psst! und stimmten ein sozialdemokratisches Lied an. Die christliche Arbeiterschaft antwortete mit dem Liebe: „Deutschland, Deutschland über alles“, welches den Gesang der Sozialdemokraten mächtig überlante. Die Sozialdemokraten suchten durch pöbelhafte Zwischenrufe die Versammlung zu stören.

Ullersdorf. Nach langer Pause wollen wir wieder einmal die Spalten unseres Organs in Anspruch nehmen. Mancher aufmerksame Leser wird vielleicht gedacht haben, die hiesige Zahlstelle sei schon längst den Weg alles Irdischen gegangen. „Gute Freunde“ unserer Sache bemühen sich allerdings schon längst darum. Ein Rückblick in die letzte Zeit zeigt das. Im Frühjahr die Wühlereien gegen unsere Versammlungslotale, die eigentlich bis heute noch nicht aufgehört haben. In unserer Mappe befindet sich u. a. folgender Beleg für das uns in so reichem Maße bewiesene „Entgegenkommen“:

„Teile Ihnen hierdurch mit, daß ich die Versammlung in meinem Lokale nicht gestatte, da ich mich mit der Amtsverwaltung nicht verfeinden will.“
Achtungsvoll

.....
Gastwirt.

Zu derselben Zeit erfolgte seitens des Amtsvorlesers die kategorische Aufforderung, Zahl und Namen nicht nur der Vorstandsmitglieder, sondern aller Mitglieder anzugeben. Auch Angaben darüber, wieviel Mitglieder männlichen und weiblichen Geschlechts unter 17, und wieviel über 17 Jahren. Aber — binnen zwei Tagen. Der Herr wartet allerdings noch heute darauf. Kurze Zeit darauf wurde der Verein erwerbstätiger Frauen und Mädchen eingeführt. Diese sogenannte — billige — Arbeiterinnenorganisation soll angeblich nicht als Konkurrenzorganisation gegen unsere Ortsgruppe gegründet worden sein. Na, wer's glaubt, bekommt's nen Zaler. Wir wollen den guten Willen und die Wahrheitsliebe der örtlichen Leitung dieses Vereins durchaus nicht anzweifeln. Aber von den eigentlichen Machern wissen wir das Gegenteil.

— An einem schönen Sommerabend besuchten uns einige Kollegen und Kolleginnen der Ortsgruppe Kengersdorf in unserem jetzigen Versammlungslotale. Für ein paar Groschen muß der im Saal stehende Musikautomat ein paar Weisen zum Besten geben, wobei ein wenig das Langbein geschwungen wird. Die Folgen: Denunzierung des Wirtes beim Amtsvorleser, der ihn wegen Veranstaltung eines unerlaubten Tanzergnugens mit Entziehung der Tanzerglaubnis auf ein halbes Jahr bestraft. Was schadet, wenn auch der Wirt einige hundert Mark Schaden hat. Strafe muß sein — allerdings auch Steuern. Daß der Wirt natürlich infolge der großen Geschäftseinbuße auch weniger Steuern zahlen kann, dafür wird sich die Gemeinde dann mit der Amtsverwaltung abzufinden haben. Aber diese Schikanen zeigen auch den Arbeitern, wie es mit dem gleichen Recht für alle in Wirklichkeit bestellt ist. So leicht lassen sich nun die Ullersdorfer Textilarbeiter nicht ins Bodschorn jagen. Dafür ist ihnen der Gewerkschaftsgedanke schon zu tief und der Sinn für Recht und Unrecht ist bei ihnen schon besser entwickelt, als bei vielen, die in Amt und Würden sitzen. Die gegenwärtige Steuerung rüttelt allmählich auch die Lauen auf. In zwei Versammlungen, am 15. und 21. Oktober wurde die gegenwärtige Notlage der Arbeiterschaft besprochen. Namentlich den zahlreichen Arbeiterinnen tut eine Aufbesserung der Löhne bringend not. Für ganze Gruppen von Arbeiterinnen beträgt der regelmäßige Wochenlohn etwas über 7 Mark, bei anderen wieder etwas über 8 Mark. Dabei fangen die meisten Arbeiterinnen schon vor 6 Uhr früh an und suchen auch die Pausen auszunützen. Daß sie trotz Ueberanstrengung des gesetzlichen Zehnstundentages auf keinen höheren Lohn kommen können, ist jedenfalls bemerkenswert.

Kolleginnen! Ueber diese Notlage hilft das Rätselraten in den Versammlungen des Vereins erwerbstätiger Frauen und Mädchen nicht hinweg, sondern nur der Eintritt in den Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands und kollegialisches Mitarbeiten an seinen Aufgaben.

Waltenberg. Zur Einleitung der Agitation hatten wir am 15. Oktober in Ursbeck eine Versammlung anberaumt. Dieselbe erfreute sich eines zahlreichen Besuches. Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden Lausberg erhielt der Kollege Müller-M-Glabbach das Wort, um über „Die wahren und falschen Freunde der Arbeiter“ zu referieren. Aus diesem Thema zog er als Hauptanwendung heraus die Pflichten, die jedem christlich denkenden Arbeiter in der heutigen Zeit erwachsen. In der Diskussion sprach der Kollege Hermes in ergänzendem Sinne des Referenten. Er berührte dabei die örtlichen Verhältnisse. Zum Schluß machte der Vorsitzende bekannt, daß demnächst eine weitere Versammlung stattfinden werde, zu welcher auch die Arbeiterinnen besonders eingeladen sind.

Waldkirch (Breisgau). Nachdem vor kurzem die hiesigen Ortsgruppen der christlichen Gewerkschaften sich zu einem Kartell zusammengeschlossen hatten, konnte dieses in Verbindung mit den Arbeitervereinen am 15. Okt. seine erste öffentliche Versammlung im Kreuzsaal abhalten. Der Vorsitzende gab seiner Genugtuung über den stattlichen Besuch freudigen Ausdruck und übergab das Wort dem ersten Redner, Gewerkschaftssekretär Franzenberg-Wannheim, der die nächsten Aufgaben der christlichen Gewerkschaften und die Ziele derselben schilderte, um — seinen begeisterten Vortrag mit einem warmen Appell an die christliche unorganisierte Arbeiterschaft des Gltales zum Beitritt in die christlichen Gewerkschaften zu schließen. Reicher Beifall bekundete, daß die Ausführungen Franzenbergs ein nachhaltiges Echo bei den Versammlungsteilnehmern geweckt hatten. Nach kurzer Pause nahm Kollege Nümmele-Börrach das Wort zu einem Vortrage über die Grundzüge und Forderungen der christlichen Gewerkschaften. Einleitend schilderte Redner den Verdegang der Gewerkschaftsbewegung überhaupt, die Entwicklung der vier Gewerkschaften („freie“, Hirsch-Duncker'sche, christliche und „gelbe“), um dann des näheren auseinanderzusetzen, was die christlichen Gewerkschaften ins Leben gerufen und was sie zu bezwecken suchen. Auch diese Ausführungen erfreuten sich großer Aufmerksamkeit. Redner schloß mit dem Wunsch, daß der christliche Gewerkschaftsgedanke auch im Gltales immer festeren Fuß fassen möge zum Wohle der nationalen Arbeiterschaft und des Vaterlandes. Der Applaus bewies, daß den Wunsch des Redners auch die Versammlungsteilnehmer teilten und daß man allgemein die Hoffnung hegt, daß die bis jetzt noch immer fernstehenden doch den Anschluß an die christlichen Gewerkschaften finden möchten.

Der wiederholten Aufforderung zur Diskussion entsprach Herr Kaplan Gund. Er führte aus, daß an der Entwicklung der christlichen Gewerkschaften auch die Arbeitgeber wie auch der gesamte Bürgerstand ein Interesse haben und beehrte diese Ansicht dahin, daß diese Gewerkschaften nicht das Bestrebende niederreißen, sondern darauf weiter bauen wollten, daß nicht die Revolution ihr Endziel sei. Er widerlegte auch die alten Vorurteile, denen man da und dort noch in bürgerlichen Kreisen begegnen kann.

Kollege Frankenberg erhielt noch das Schlusswort, um einestells eine Abrechnung mit der sogenannten „Volkswacht“ vorzunehmen, die mit Bezug auf die Versammlung der christlichen Gewerkschaften ihre Schäfchen vor dem Besuch warnen zu sollen glaubte und schrieb: „Das müssen traurige Gesellen von Arbeitern sein, die sich zu einem solchen Spektakel-Schauspiel des Zentrums hergeben. Ihnen werden, wenn auch spät, einstmals noch die Augen darüber aufgehen, wie sie von den christlichen Drachenteufern an der Nase herumgeführt werden.“

Die Abfertigung dieser Unverschämtheit war eine gründliche, aber auch wohlverdiente. Redner resümierte noch einmal das Gehörte und schloß mit dem Wunsche, daß die Arbeiterschaft den Ernst der Zeitlage erfassen und sich in christlichen Gewerkschaften zusammenschließen möge.

Soziale Rundschau.

Heilbehandlung nach der Invalidenversicherung.

Die Träger der Invalidenversicherung haben einen Versicherten in Heilbehandlung zu geben, sofern bei diesem Erwerbsunfähigkeit als Folge einer Krankheit zu befürchten ist. Das Invalidenversicherungsgesetz legt den Versicherungsanstalten die Verpflichtung auf, während der Heilbehandlung für die Angehörigen eine bestimmte Unterstützung zu zahlen, wenn der Kranke den Unterhalt seiner Angehörigen bisher bestritten hat. Ueber die Anwendung und Wirksamkeit dieser Bestimmungen wird seit 1897 eine Statistik geführt.

Im ersten Heft der „Amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamts“ wird nun die Statistik der Heilbehandlung für das Jahr 1910 veröffentlicht. Es ergibt sich daraus, daß in diesem Jahre wieder 2 1/2 Millionen Mark mehr als im Vorjahre für Heilbehandlungszwecke von den Versicherungsanstalten aufgewendet worden sind; die Aufwendung betrug 1910 26 593 569 M., im Vorjahre 24 275 577 M. 10 Jahre zuvor wurde für Heilbehandlungszwecke noch nicht einmal der vierte Teil dessen ausgegeben, als wie im Berichtsjahre, nämlich 6,2 Millionen Mark. 1897 belief sich der aufgewendete Betrag auf nur 2 Millionen Mark. Es ist also ein ständiges Steigen der für besagten Zweck ausgegebenen Summen zu verzeichnen. In den 26 1/2 Millionen der Versicherungsanstalten kommen noch die Ausgaben der Berufsvereinigungen für Zwecke der Krankenfürsorge. Die 1910 hierfür ausgegebene Summe steht noch nicht fest; 1909 betrug sie 11 Millionen Mark. Unerreicht stehen die Krankenkassen da, die insgesamt im Jahre 1909 337,15 Millionen Mark für Zwecke der Krankenfürsorge ausgegeben haben.

Von den Versicherungsanstalten wurden 1910 im ganzen 114 310 Personen in Heilbehandlung genommen; wegen Lungentuberkulose 30 595 Männer, 15 014 Frauen ständig, 913 Männer und 195 Frauen nicht ständig. Für die ständig behandelten Männer wurden ausgegeben 12,37 Millionen Mark, für die ständig behandelten Frauen 5 Millionen Mark. Seit 1897 wurde für Heilbehandlung Lungenkranke die respektable Summe von 117 218 040 M. ausgegeben. Die Gesamtausgaben für Heilbehandlung seit 1897 betragen 177 811 106 M. Davon wurden 33,24 Millionen Mark von Krankenkassen und Berufsvereinigungen den Versicherungsanstalten ersetzt. Bei den angegebenen Gesamtausgaben sind 20 1/2 Millionen Mark für Angehörigenunterstützung.

Das Anwachsen der Heilbehandlungsfälle wird am wirksamsten dadurch veranschaulicht, wenn man die Zahl der in Heilbehandlung genommenen Personen der Zahl der versicherungspflichtigen Bevölkerung gegenüberstellt. Im Jahre 1897 wurden 10 564 Personen dem Heilverfahren unterworfen. Dessen gegenüber stand eine auf Grund der Berufs- und Gewerbezahlung von 1895 ermittelte versicherungspflichtige Bevölkerung von 11 813 259 Personen. Hiernach wurden auf 10 000 Versicherte nur 9 Personen in Heilbehandlung genommen. Für das Jahr 1909, in welchem 101 158 Personen behandelt wurden, ist zum erstenmal die auf Grund der Berufs- und Gewerbezahlung von 1907 ermittelte versicherungspflichtige Bevölkerung — 14 631 390 Personen — in Rechnung gezogen worden. Auf 10 000 Versicherte wurden demnach 69 und im Jahre 1910 bei 11 431 0 Heilbehandlungsfällen 78 Personen behandelt. Die Zunahme beträgt also seit 1897 69 auf 10 000 Versicherte.

Die Mehrzahl der hier in Frage kommenden Kranken wurde in den eigenen Heilstätten der Versicherungssträger — 1910 56 vom Hundert — behandelt. Es kommen in Betracht 38 Lungenheilstätten und 36 Genesungshäuser, Krankenhäuser u. Im Jahre 1900 waren erst 14, 1905 47 derartiger Heilstätten vorhanden. Die erste eigene Einrichtung dieser Art schuf die Landesversicherungsanstalt Hannover, die am 1. Mai 1895 eröffnet wurde. Die bis 1910 für den Bau der Heilstätten ausgegebene Summe beträgt rund 60 Millionen Mark. Dazu kommen die Ausgaben für die Einrichtungsgegenstände mit mehr als 60 Millionen Mark. Das sind ansehnliche Summen.

Die Heilbehandlung hat namenloses Elend schon verhundert oder doch gemildert und wird als soziale Tat von allen Seiten gepriesen, auch von den Sozialdemokraten. Wenn es auf deren parlamentarischen Vertreter angekommen wäre, müßte aber die deutsche Arbeiterschaft diese wohlthätige und menschenfreundliche Einrichtung entbehren.

Fahrtgeld vom steuerpflichtigen Einkommen abzugsfähig. Kann das Fahrtgeld von der Wohnung zur Arbeitsstätte von dem steuerpflichtigen Einkommen in Abzug gebracht werden? Die Berufungskommission für Steuerangelegenheiten im Stadtkreis Düsseldorf hat, wie die „Rhein. Westf. Ztg.“ mitteilt, in einer Berufungssache das Fahrtgeld von der Wohnung zur Arbeitsstätte und umgekehrt innerhalb des Stadtgebietes für abzugsfähig erklärt. Die Veranlagungskommission hatte in erster Instanz einen derartigen Abzug vom steuerpflichtigen Einkommen für nicht statthaft erklärt. Dem hiergegen erhobenen Einspruch ist die Berufungskommission jetzt gefolgt und hat dem Antrage gemäß die Staatssteuer von 21 Mark auf 16 Mark ermäßigt. Der Einscheid stützt sich auf Paragraph 20 des Einkommensteuergesetzes (Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Steuerpflichtigen); die notwendigen Auslagen für die Straßenbahnfahrten von der im Stadtteil Flingern gelegenen Wohnung nach der Arbeitsstätte im Stadtteil Derendorf wurde als solche Beeinträchtigung angesehen. Die Ausgaben für diese Fahrten betragen 62,40 Mark. Bei der räumlichen Ausdehnung unserer großen Städte ist diese Entscheidung bemerkenswert.

Briefkasten.

W. G., Wegberg. Wir haben an den Sekretär des christlichen Textilarbeiterverbandes der Schweiz geschrieben. Sobald wir Antwort haben, werden wir sie an dieser Stelle veröffentlichen.

S. M., Fulda. Wir haben von der Meinung der Kolleginnen Kenntnis genommen. Wir hatten solche Stimmen wohl erwartet. Aber es sprechen doch eine ganze Menge Gründe für uns. Die haben auch für uns den Ausschlag gegeben.

Franz G., Mein. einen besonderen Bericht über die Ravensberger Konferenz haben wir nicht erhalten. Um deinem Wunsche nachzukommen, entnehmen wir eine Notiz einem Bruderorgan. Bist du jetzt zufrieden?

Redaktionschluss. Es scheint den Schriftführern und allen, die für unsere Zeitung schreiben, noch nicht genügend bekannt zu sein, daß die Redaktion Montags morgens 9 Uhr geschlossen wird. Was später einläuft, kann für die Nummer der betr. Woche keine Ausnahme mehr finden. Größere Zuschriften müssen spätestens Samstags abends bei der Redaktion eingegangen sein.

Versammlungskalender.

- Burtscheid. 6. Nov., 8 1/2 Uhr, bei Scheidweiler.
- Dahlhausen (Wupper). 5. Nov., 2 Uhr, bei Geint. Lingel.
- Derschlag. 5. Nov., 5 Uhr, bei Fris von der Sinnepe, Generalversammlung.
- Dülken. 5. Nov., 6 Uhr, bei M. Uemeln, Markt, außerordentliche Mitgliederversammlung.
- M.-Glabbach-Gülden. 4. Nov., 8 Uhr, im Lokale früher Severin Neumers.
- M.-Glabbach-Waldhausen. 5. Nov., 2 1/2 Uhr, bei Witwe Lennarz, Arbeiterinnenversammlung.
- Greifath. 5. Nov., 11 Uhr, bei Wilh. Kempges.
- Hilmitz. 12. Nov., 4 1/2 Uhr, bei Walperz.
- Leuth b. Kaldenkirchen. 5. Nov., 1/6 Uhr, bei Franz Dückerz.
- Ochtrup. 5. Nov., 3 1/2 Uhr, bei Frau Ww. Fischer, große öffentliche Versammlung.
- Süchteln. 12. Nov., 10 Uhr, bei Wilh. Kemtes.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:
Johann Hermanns in Mülheim a. Rh.
Frau Güttler in Wassenberg.
Konrad Welter in Schiefbahn.
Heinrich Levering in Epe.
Ludwig Laub in Lambrecht.
Hermann Krüll in Schiefbahn.
Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Das „Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften für 1912“ ist erschienen. Auch diesmal wieder ist auf der bewährten und von der wissenschaftlichen Kritik anerkannten Grundlage aufgebaut worden. Demgemäß wechseln aktuelle praktische Themen mit solchen grundsätzlicher Natur ab, während die ständigen Uebersichten über die Entwicklung der christlichen Gewerkschaftsbewegung und die Reichs-Sozialgesetzgebung das Ganze umrahmen. Dem Charakter der heutigen Situation entsprechend werden zunächst in je einem Artikel über die Hausagitation und den Weiterausbau der Unterrichtskurse Fingerzeige gegeben für die Systematisierung und die geistige Vertiefung des Agitationsapparates, der ja schließlich in der regelmäßigen Anwendung einiger „Kunstgriffe“ sich nicht erschöpft. Die Stellung der christlichen Gewerkschaften zur Jugendbewegung wird in einem kurzen Artikel präzipiert. Der Artikel gipfelt in der Feststellung, daß die Zeit der grundsätzlichen Unerkennung vorbei und jene der praktischen Betätigung gekommen ist. Von welchen speziellen Gesichtspunkten die Allgemeinheit, aber auch die Kinderheilsorganisationen die Entwicklung unseres Schieds- und Einigungswezens zu beurteilen und zu beeinflussen haben, legt ein weiterer Artikel dar. Dielem schließt sich eine kurze Apologie der Arbeiterbewegung als Kulturfaktor an. Unsern Mitgliedern werden nicht zuletzt die dann folgenden

ausführlichen Belehrungen über Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft und Wahlkörper, Wahlssystem und Verfahren in der neuen Reichsversicherungsordnung willkommen sein. Das „Jahrbuch“ erhält damit wiederum seinen Charakter als unentbehrliches Nachschlagebuch. Dazu tragen aber auch die mannigfachen Notizen aus dem Gebiete der Statistik, namentlich der sozialen, die den Artikeln in gewohnter Weise angeschlossen sind, in vieler Beziehung bei. Natürlich fehlt es auch nicht an dem kalendrischen Weimert; ebenso wenig an einem zusammenfassenden Adressenverzeichnis und dem beliebten Schema zu einem Haushaltungsbudget. — Der Preis ist der bekannte: 1 M. im Buchhandel, für unsere Mitglieder durch die Zahlstellen oder Verbandszentrale 50 Pfg.; in beiden Fällen ausschließlich Porto.

Lehrbuch über Bindung, Kopieren und Kalkulation der Webwaren. Von Ehrhard Kiefer, Geschäftsführer unseres Verbandes in Lörzsch (Waben). Druck und Verlag der Westfälischer Vereinsdruckerei, Zell i. W. Diese Schrift unseres Kollegen Kiefer bietet eine gute Einführung in ihr Gebiet und dürfte zahlreicheren Kollegen, die sich nicht die teuren Bücher der Fachliteratur anschaffen können, immerhin einen Ersatz bieten. Die Grundlagen der genannten Gebiete vermittelt die Schrift kurz aber gut. Und mehr will sie nicht.

Kollege Kiefer sagt im Vorwort mit dem Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften für 1911:

„Vorliegendes Werk soll allen denen, die sich mit den ersten Grundfragen der Weberei befassen, dazu dienen, sie in ihrem Wissen etwas zu bereichern, im Können zu unterstützen und zu erstem Willen anzuregen. Der billige Preis ermöglicht es auch den in der Weberei tätigen Arbeitern, sich mit wichtigen Fragen zu befassen und dadurch die „Geheimnisse“ der Weberei zu seinem eigenen Vortheile zu ergründen.“

Ueber Bindungslehre, Kopieren und Kalkulation der Webwaren muß jeder Weber Bescheid wissen und nützt er durch Vermwertung seiner Kenntnisse der Industrie als Fachmann, seinem Stande als intelligenter Arbeiter und sich selbst als tüchtiger Mensch.“

Wir haben aus dem Inhalt der Broschüre besonders hervor:

- A. Einleitung. Geschichte der Weberei. 1. Geschichte des Rohmaterials. 2. Geschichtliches von der Weberei. — B. I. Die Bildungslehre. 1. Kattunbindung. 2. Die Körperbindung. 3. Atlasbindung. 4. Kreppbindung. II. Das Kopieren. 1. Die Art des verwendeten Materials. 2. Die Anzahl der in Hefse und Rohr einzuziehenden Kettfäden. 3. Die Zahl der Tritte und Schäfte, welche zur Herstellung notwendig sind. 4. Die Art der Schnürung. III. Die Kalkulation der Webwaren. 1. Wie berechnet man das zu einer Kette notwendige Material. 2. Wie berechnet man mehrfarbige Ketten. 3. Die Berechnung des Schußmaterials. 4. Die Berechnung von mehrfarbigem Schußmaterial. 5. Die Berechnung des Materials bei Wändern. — 6. Die Benennung der Blattnummer. 7. Das Gewicht einer Ware. 8. Der Preis einer Ware. — C. Schluß. Das Ausrüsten der Webwaren.

Wir empfehlen die Broschüre allen Mitgliedern, namentlich aber den jüngeren, die noch vor des Lebens Wegen stehen und ihn sich erst durch eifriges Streben in ihrem Fache eben und gangbar machen müssen. Wir empfehlen sie namentlich unsern Vorständen und Ausschussmitgliedern, von denen in ihrer Stellung die Kenntnis fachlicher Dinge immer mehr verlangt werden. Wir ermahnen nur an die Fragen der tariflichen Regelung der Lohnverhältnisse, deren große Schwierigkeiten nur durch gute Fachleute in unserem Stande überwunden werden können. In diesen Fragen wird die Broschüre wertvolle Dienste tun und namentlich zu weiterem, tieferem Studium anregen.

Die Schrift kostet 80 Pfennig, bei Partienbezug von 10 Stück ab jedoch billiger. Wir bitten unsere Vorstände und Vertrauensleute, den Vertrieb der Broschüre systematisch zu betreiben. Bestellungen sind an den Verlag oder an die Zentralkasse in Düsseldorf zu richten. Auch die Buchhandlung des Gesamtverbandes nimmt Bestellungen entgegen.

Inhaltsverzeichnis.

Mehr Leben! — Artikel: Winke für die Jugend- und Arbeiterinnenagitation. — Lebensschicksale der modernen Fabrikarbeiter. — Arbeiter und Handwerk. — Leuerung und Kapitalisation. — Arbeiterin und Invalidenversicherung. — Feniketon: Der deutsche Teppich. — Aus der Arbeiterbewegung: Schritt für Schritt! — Konferenz der christlichen Gewerkschaften für das Rhein-Ravensberger und Sippeland. — Geschimpfe, keine Widerlegung. — Kann gegen eine Gewerkschaft wegen Bruches des Tarifvertrags auf Schadenersatz geklagt werden? — Welche und Sozialdemokratie. — Der Düsseldorfer Krankenkassenstandal. — Textilarbeiter und Schutzgoll für die Landwirthe. — Die Politik der lebenden Worte. — Ein sensationeller und bedeutungsvoller Prozeß. — Aus unserer Zukunft: Textilarbeiterneinfuhr der Vereinigten Staaten von Amerika im Jahre 1910/11. — Die Zunahme der Baumwollspinnerei der Welt in den letzten fünf Jahren. — Internationales Syndikat der Kunstseidefabrikanten — Erhöhung der Preise für Kunstseide. — Ergebnisse der vom Reichsamt des Innern veranstalteten Produktionserhebungen in der Textilindustrie im Jahre 1907. — Aus dem Webhandgebiete: Zur gest. Beachtung. — Lohnbewegungen und Arbeitsfreiheiten: Landrecht. — Neustadt O.-S. — Berichte aus den Ortsgruppen: Burgwaldniel. — Düren (Rheinl.). — Forchheim. — Fulda. — Greven. — Gronau. — Gauen i. W. — Oberneufich. — Rheine. — Mersdorf. — Wassenberg. — Waldfisch (Weißgau). — Soziale Rundschau: Heilbehandlung nach der Invalidenversicherung. — Fahrtgeld vom steuerpflichtigen Einkommen abzugsfähig. — Briefkasten. — Versammlungskalender. — Sterbetafel. — Literarisches.